

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, ich darf Sie jetzt bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Wir haben im Vorfeld wieder mit allen Gemeinderäten abgestimmt, welche Stücke als beschlossen gelten. Es sind dies die Stücke 1), 3), 5) mit der Gegenstimme von Herrn Gemeinderat Pacanda, die Stücke 6), 7), 8) und 9), Stück Nummer 11), Stück Nummer 12) und Stück 13). Beim Stück Nummer 15) bitte ich als Berichterstatter Herrn Gemeinderat Dr. Piffel-Percevic, beim Stück Nummer 18) wird der Berichterstatter Herr Gemeinderat Haberler sein. Einstimmiger Beschluss auch beim Stück Nummer 21), Stück Nummer 25) wurde abgesetzt, das Stück Nummer 26) gilt als beschlossen, das Stück Nummer 28) gilt auch als einstimmiger Beschluss. Ebenso die Stücke 29), 30) und 31), Stück Nummer 32) wurde abgesetzt. Stück Nummer 33) hat die Gegenstimmen der freiheitlichen Partei, Stück Nummer 34), Stück Nummer 36) Gegenstimme Gemeinderat Pacanda, 37) ebenso, gegen Pacanda, bei Stück Nummer 34 ist es einstimmig, 36) und 37) mit Gegenstimme Pacanda und beim zweiten Nachtrag gibt es auch einen einstimmigen Beschluss zum Mobilitätsvertrag für den Bebauungsplan Straßganger Straße – Olga-Rudel-Zeynek-Gasse.

1) Präs. 33505/2014/0001

Jahresnetzkarten für Mitglieder des
Bezirksrates

Der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 13a Abs. 1 des Statutes der

Landeshauptstadt Graz die einen integrierenden Bestandteil des vorliegenden Gemeinderatsantrages darstellende Verordnung beschließen.

3) Präs. 12335/2003-41

Verein zur Förderung der
Regionalentwicklung –
Regionalentwicklungsverein (REV)
Graz – Graz/Umgebung
Steirischer Zentralraum – Vertretung der
Stadt Graz im Regionalvorstand

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz im Regionalverband – Steirischer Zentralraum werden folgende Personen namhaft gemacht:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Frau Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Herr Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio.

5) A 8-18780/2006-108
A 16-011029/2014/0012

Stadtmuseum Graz GmbH
Ermächtigung für die Vertreterin der
Stadt Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes
der Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung
Jahresabschluss 2013, Wechsel im
Aufsichtsrat, Umlaufbeschluss

Der Kulturausschuss und der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2

des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

Die Vertreterin der Stadt Graz in der Stadtmuseum Graz GmbH, Frau Stadträtin Lisa Rücker, wird ermächtigt, im Umlaufwege insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Abstimmung auf schriftlichem Wege
2. Genehmigung und Feststellung des Jahresabschlusses 2013
3. Verwendung des Bilanzergebnisses 2013
4. Beschlussfassung über die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013
5. Wechsel im Aufsichtsrat:
an Stelle der inzwischen verstorbenen Frau LAbg. a.D. Annemarie Wicher
Wahl von Frau Mag.^a Irene Hoffmann-Wellenhof
6. Wahl der procedo wirtschaftsprüfung und steuerberatung gmbH zur Wirtschaftsprüfung für das Jahr 2014.

6) A 8/4-22262/2014

Städt. Gdst.Nr. 2280/1, EZ 1269, KG
63104 Lend, gelegen an der
Kalvarienbergstraße 82
Einräumung einer grundbücherlichen
Dienstbarkeit der Verlegung und des
Betriebes von
Wasserversorgungsleitungen inkl.
Nebenanlagen ab 1.7.2014 auf immer
währende Zeit
Antrag auf Zustimmung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH, Andreas-Hofer-Platz 15, 8010 Graz, wird die grundbücherliche Dienstbarkeit der Duldung zur Verlegung, des Bestandes und Betriebs von Wasserversorgungsleitungen inkl. Nebenanlagen auf dem städtischen Grundstück Nr. 2280/1, EZ 1269, KG 63104 Lend, gelegen an der Kalvarienbergstraße, im beiliegenden Lageplan rot und blau eingezeichnet, ab 1.7.2014 auf immer währende Zeit im Sinne des angeschlossenen Vertragsentwurfes eingeräumt.

7) A 8/4-11756/2009

Straßenbahnlinie 1 – Geh- und Radweg
Erich-Edegger-Weg
Auflassung vom öffentlichen Gut und
wertgleicher Grundtausch von fünf
insgesamt 267 m² großen Tfl. von
verschiedenen Grundstücken aus dem
Eigentum der Holding Graz – Kommunale
Dienstleistung GmbH gegen zwei
insgesamt 140 m² große Tfl. aus dem
öffentlichen Gut der Stadt Graz in der KG
Wenisbuch

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 5, 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. Die Auflassung einer 30 m² großen Teilfläche der Gdst.Nr. 1189 und einer 110 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 1190, beide EZ 50000, KG Wenisbuch, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

2. Der wertgleiche Grundtausch

- einer 3 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 1145/4 und einer 6 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 1145/5, je EZ 2425, aus dem grundbücherlichen Eigentum der Holding Graz Kommunale Dienstleistung GmbH sowie einer 112 m² und einer 1 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 570/2, EZ 2433 und einer 145 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 584/3, EZ 2003, aus dem außerbücherlichen Eigentum der Holding Graz Kommunale Dienstleistung GmbH, alle KG Wenisbuch,
- gegen eine 30 m² große Tfl. der Gdst.Nr. 1189 und einer 110 m² großen Tfl. des Gdst.Nr. 1190, beide EZ 50000, alle KG Wenisbuch

wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.

3. Die Übernahme der in Pkt. 2. von der Stadt Graz eingetauschten Teilfläche im Gesamtausmaß von 267 m² aus dem bücherlichen und außerbücherlichen Eigentum der Holding Graz Kommunale Dienstleistung GmbH in das öffentliche Gut der Stadt Graz wird genehmigt.

4. Sämtliche mit der Unterfertigung und der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages bzw. der Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren hat die Stadt Graz zu tragen.

Die jeweils anfallende Grunderwerbsteuer und Immobilienertragsteuer trägt jeder Vertragspartner für sich selbst.

Die Kosten einer allfälligen rechtsfreundlichen Vertretung hat jeder Vertragspartner für sich alleine zu tragen.

5. Die Vermessung und die Errichtung des grundbuchsfähigen Teilungsplanes erfolgte durch das Vermessungsbüro DI Breinl im Auftrag der Holding Graz Kommunale Dienstleistung GmbH. Die Herstellung der Grundbuchsordnung wird ebenfalls vom Vermessungsbüro DI Breinl veranlasst.
6. Die Errichtung des Tauschvertrages – wenn erforderlich – erfolgt durch und auf Kosten der Stadt Graz, Präsidialamt – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.
7. Die Bedeckung des Tauschwertes in der Höhe von € 1.000,- ist sowohl auf der Fipos 2.84000.001310 als auch auf der Fipos 1.84000.001310 zu verbuchen.
Die Nebenkosten in der Höhe von € 500,- sind auf der Fipos 1.84000.001310 zu bedecken.

8) A 8/4-17286/2014

Esserweg 20
Auflassung vom öffentlichen Gut und
unentgeltliche Rückübereignung einer
71 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr.
106/18, EZ 50000, KG Engelsdorf

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/67 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. Die Auflassung einer 71 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 106/18, EZ 50000, KG Engelsdorf, aus dem öffentlichen Gut der Stadt Graz, wird genehmigt.

2. Die unentgeltliche Rückübereignung einer 71 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 106/18, EZ 50000, KG Engelsdorf, an Herrn Joachim Schnuderl und Frau Elfriede Schnuderl, Eigentümer des Gdst.Nr. 106/13, EZ 294, KG Engelsdorf, wird aufgrund des Bescheides GZ. Präs. 008108/2013/0003 der Präsidualabteilung vom 26.3.2014 genehmigt.
3. Sämtliche mit der Rückübereignung in Verbindung stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Stadt Graz.
4. Die Vermessung, die Errichtung des Teilungsplanes und die Herstellung der Grundbuchsordnung nach § 15 LTG erfolgt durch das A 10/6 – Stadtvermessungsamt.
5. Die Errichtung des Rückübereignungsvertrages – wenn erforderlich – erfolgt durch die Präsidualabteilung – Referat für Zivilrechtsangelegenheiten.

9) A 8-021515/2006/0178
A 23-030904/2013-0031

Ausführungsbeschluss:
1.) Stromausschreibung für das „Haus
Graz“ Ziehen der Option für 2017
2.) Eckpunkte der Gasausschreibung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellen gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die GBG soll laut dem angeführten Motivenbericht die Option für die Verlängerung des Stromliefervertrages für das Jahr 2017 für die Auftraggeber aus dem „Haus Graz“ ziehen und die Preisfixierung für die erste Tranche nach Maßgabe des Motivenberichtes durchführen.

2.) Die GBG soll die Gasausschreibung auf Basis der vorliegenden Eckpunkte aus dem oben angeführten Motivenbericht durchführen.

11) A 10/5-4044/2005-251

Sachprogramm Grazer Bäche
Planungs-/Bauprogramm 2009-2013
Genehmigung zu Vorfinanzierungen in der
Höhe von € 70.000,- im Rahmen der
vorliegenden Projektgenehmigung, DKL
10503

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der vorliegende Informationsbericht betreffend die Vorfinanzierung bei geförderten Hochwasserschutzprojekten im Rahmen des Sapro Grazer Bäche, Planungs-/Bauprogramm 2009-2013, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Vorfinanzierungen im Rahmen der vorliegenden Projektgenehmigung, DKL 10503, werden bis zu einer Höhe von € 70.000,- genehmigt.

12) A 10/6-048031/2013

Neubenennung eines Weges im Augarten
in Gertrude-Wagner-Allee

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Der von der Neuholdaugasse in nördlicher Richtung verlaufende Weg im Augarten wird in Gertrude-Wagner-Allee benannt.

2.) Die Beschaffung und Anbringung der Benennungstafeln erfolgt durch die Holding Graz Services-Spartenbereich Stadtraum.

3.) Die Beschaffung und Anbringung einer Erläuterungstafel zur Namensgeberin erfolgt durch die Holding Graz Services-Spartenbereich Stadtraum.

13) A 10/8-003872/2014/0012

Mobilitätsvertrag „Central Living Graz“
Bebauungsplan 05.22.0 Eggenberger
Gürtel, Niesenbergergasse,
Traungauergasse

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.

2. Dem in Beilage /1 befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

21) A 23-028212/2013/0016

Verlängerung der Förderung von Grazer
Reparaturinitiativen

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Förderung von Grazer Reparaturinitiativen gemäß Förderrichtlinie in der vorliegenden Fassung (Juli 2014) wird als Maßnahme zur Abfallvermeidung und Ressourcenschonung bis 31.12.2015 verlängert.

NT 26) Präs. 011009/2003/0021

Ferialermächtigung 2014

Der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz die beiliegende, einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses darstellende Ferialermächtigung beschließen.

NT 28) A 8-66149/2013-18

Stadtbaudirektion

Kläranlage: Erneuerung diverser

Anlagenteile, BA 48

1. Projektgenehmigung über

€ 1.265.000,- in der AOG 2014-2017

2. Kreditansatzverschiebung über

insgesamt € 225.000,- in der AOG 2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 8/2012 beschließen:

1. In der AOG 2014-2017 wird die Projektgenehmigung „Kläranlage – Erneuerung diverser Anlagenteile, BA 48“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1,265.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2014	MB 2015	MB 2016	MB 2017
Kläranlage – Erneuerung diverser Anlagenteile, BA 48	1.265.000	2014-2017	225.000	510.000	370.000	160.000

beschlossen.

2. In der AOG des Voranschlages 2014 wird die Fipos

5.85100.004760	„Wasser- und Kanalisationsbauten, Kläranlage Gössendorf – Erneuerungsarbeiten, BA 48“ (AOB. BD00) mit	€ 225.000,-
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

neu geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse

5.85100.050300	„Sonderanlagen, Kläranlage Kleininvestitionen, BA 45“, um	€ 130.000,-
----------------	-----------------------------------------------------------	-------------

5.85100.004010	„Wasser- und Kanalisationsbauten, Kanalnetzsanierungen und –erweiterungen“ um	€ 95.000,-
----------------	-------------------------------------------------------------------------------	------------

gekürzt.

NT 29) A 10/BD-03336/2014

Holding Graz Services
BA 48, Kläranlage Gössendorf,
Erneuerung diverser Anlagenteile
Projektgenehmigung über
€ 1.265.000,- excl. USt.

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den BA 48 Kläranlage Gössendorf, Erneuerung diverser Anlagenteile über € 1.265.000,- excl. USt. wird erteilt.

NT 30) A 8-66149/2013-3

Straßenamt,
URBAN Plus – Straßenbeleuchtung,
haushaltsplanmäßige Vorsorge von
€ 552.800,- in der AOG 2014

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

In der AOG 2014 werden die neuen Fiposse

5.81600.050200	„Sonderanlagen, URBAN Plus“ (Anordnungsbefugnis: A 10/1) (Deckungsklasse: 10100) mit	€ 552.800,-
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

6.81600.889000	„Kap. Transferzahlungen von der Europäischen Union“ (Anordnungsbefugnis: A 10/1) mit	€ 256.000,-
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse

5.81600.050000	„Sonderanlagen, Beleuchtungsanlagen“ um	€ 176.000,-
----------------	--------------------------------------------	-------------

gekürzt bzw. die Fipos

6.81600.346000	„Investitionsdarlehen von Kredit- instituten“ um	€ 120.800,-
----------------	-----------------------------------------------------	-------------

erhöht.

NT 31) A 10/1-006801/2014-0007

Projektgenehmigung:
„Stadtübergreifende energieeffiziente
Straßenbeleuchtung im Urban Plus-
Gebiet“

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 5, 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. Das Projekt „Stadtübergreifende Energieeffiziente Straßenbeleuchtung im URBAN PLUS-Gebiet“ wird im Sinne des vorliegenden Berichts genehmigt.
2. Das A 10/1 – Straßenamt des Magistrates der Stadt Graz wird ermächtigt, im genannten Projekt als Projektträger bzw. städtischer Partner der Umlandgemeinde Seiersberg aufzutreten und den beantragten Vor- bzw. Kofinanzierungsanteil der Maßnahmen auf städtischem Gebiet zu übernehmen.
3. Das A 10/1 – Straßenamt des Magistrates der Stadt Graz wird zur Abwicklung und Vergabe der geplanten Maßnahmen ermächtigt.

NT 33) A 10/6-033746/2014
A 8-66149/2013-19

ExpertInnenkommission „Straßennamen“ (EKSIN), Abschluss von zwei Förderungsvereinbarungen über insgesamt € 175.170,- und zwar:
1. Förderungsvereinbarung mit der Karl-Franzens-Universität Graz über € 137.970,- samt Reisekosten für den Zeitraum 2014 bis 2017
2. Förderungsvereinbarung mit der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Cluster Geschichte, über € 37.200,- samt Reisekosten für den Zeitraum 2014 bis 2017

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung und der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz vom 9.12.1993 bzw. gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

Der Abschluss der folgenden Fördervereinbarungen mit den angeführten Auszahlungsterminen wird genehmigt:

a. Förderungsvereinbarung mit der Karl-Franzens-Universität Graz

Dezember	2014	€	12.320,00
März	2015	€	38.390,00
März	2016	€	44.140,00
März	2017	€	39.820,00
Dezember	2017	€	<u>3.300,00</u>
Gesamt		€	137.970,00 samt Reisekosten

b. Förderungsvereinbarung mit der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Cluster Geschichte

Dezember	2014	€	6.000,00
März	2015	€	12.000,00
März	2016	€	12.000,00
März	2017	€	6.000,00
Dezember	2017	€	<u>1.200,00</u>
Gesamt		€	37.200,00 samt Reisekosten

Die Gesamtsumme für die Förderungsvereinbarungen zur Finanzierung der ExpertInnenkommission "Straßennamen" (EKSN) umfasst für die Jahre 2014 bis einschließlich 2017 insgesamt € 175.170,- samt Reisekosten; für die entsprechende haushaltsplanmäßige Vorsorge wird die Projektgenehmigung 2014-2017 erteilt. Die Bedeckung dieser Vereinbarungen erfolgt aus dem Eckwert des Stadtvermessungsamtes.

Die Abrechnung für die ausgezahlten Beträge wird zur Gänze vom Stadtvermessungsamt durchgeführt.

Die Fördervereinbarungen sind durch das Stadtvermessungsamt und die Mag.-Abt. 8 – Finanz-, und Vermögensdirektion laut den beigelegten Förderungsvereinbarungen, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, mit den Förderungsnehmern abzuschließen. Die Auszahlung der Subvention erfolgt auf das jeweils in der Förderungsvereinbarung angegebene Konto der Förderungsempfängerin.

NT 34) A 8-66149/2013-20

Stadtbaudirektion;
Kreuzung Martinhofstraße – Straßganger
Straße,
1. Projektgenehmigung über € 700.000,-
in der AOG 2014 – 2015
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge von
€ 550.000,- in der AOG 2014
3. Reduktion von diversen bestehenden
Projektgenehmigungen

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 iVm § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. In der AOG 2014-2015 wird die Projektgenehmigung „Martinhofstraße-Straßgangerstraße“ über € 700.000,- (davon 2014 € 550.000,- und 2015 € 150.000,-) beschlossen.

2. In der AOG 2014 wird die Fipos

5.61200.002000	„Straßenbauten, Martinhofstraße“ (Anordnungsbefugnis: BD) (Deckungsklasse: BD556) mit	€ 550.000,-
----------------	---------------------------------------------------------------------------------------------	-------------

dotiert und zur Bedeckung die Fiposse

5.61200.002210	„Straßenbauten, Hauptbahnhof-Personen-tunnel“ um	€ 141.400,-
----------------	--------------------------------------------------	-------------

gekürzt bzw. die Fipos

6.61200.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um	€ 408.600,-
----------------	---------------------------------------------------	-------------

erhöht.

3. Zur Bedeckung der oben genannten Investitionssumme von € 700.000,- werden im Rahmen der Investitionsplanung 2013-2017 für das Haus Graz folgende Projektgenehmigungen reduziert:

Ausbau Triester Straße (GRB. v. 25.6.2009, A 8-674/2009-21) um	€ 417.700
Parkplatz Mariatrost-Kirchberg (GRB. v. 18.1.2007, A 8-8/2007-1) um	€ 9.500
Hauptbahnhof-Personentunnel (GRB. v. 11.2.2009, A 8-674/2009-5) um	€ 272.800

NT 36) A 8 – 20081/06-138

Holding Graz –
 Kommunale Dienstleistungen GmbH
 Richtlinien für die Generalversammlung
 gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
 Landeshauptstadt Graz 1967;
 Stimmrechtsermächtigung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz, Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher, wird ermächtigt, in der am 31. Juli 2014 stattfindenden o. Generalversammlung der Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH FN 54309 t, insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. zu TOP 2 – Zustimmung zur Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 und zur Kenntnisnahme des Lageberichtes und des Corporate Governance Berichtes für das Geschäftsjahr 2013
2. zu TOP 3 – Kenntnisnahme des Konzernjahresabschlusses zum 31.12.2013 und des Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2013

3. zu TOP 4 – Zustimmung zur Verwendung des Bilanzergebnisses 2013 durch Vortrag des Bilanzgewinnes in Höhe von € 0.00 auf neue Rechnung
4. zu TOP 5 – Zustimmung zur Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2013
5. zu TOP 6 – Zustimmung zur Bestellung der BFP Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH als Abschlussprüfer und als Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014.

NT 37) A 8-19542/2006-103
A 16-33356/2005/0164

steirischer herbst festival gmbh
Richtlinien für die Generalversammlung
gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Stimmrechtsermächtigung

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss und der Kulturausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vertreterin der Stadt Graz in der steirischer herbst festival gmbh, Frau StR.in Lisa Rücker, wird gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 ermächtigt in der Generalversammlung folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Zu TO-Punkt 4. – Zustimmung zur Bestellung der Baumgarten & Grienschgl Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 8010 Graz, Elisabethstraße 40, zur Abschlussprüferin der Jahre 2014, 2015 und 2016;
2. zu TO-Punkt 5 – Zustimmung zur Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013
3. zu TO-Punkt 6 – Zustimmung zur Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2013.

2. NT 39) A 10/8-022311/2013-0005

Mobilitätsvertrag Bebauungsplan 16.18.0

Bebauungsplan 16.18.0 Straßganger
Straße – Olga-Rudel-Zynek-Gasse

Der Ausschuss für Verkehr stellt den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. Vorstehender Bericht wird genehmigt.
2. Dem in Beilage /1 befindlichen Mobilitätsvertrag, der einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildet, wird die Zustimmung erteilt.

Die Tagesordnungspunkte 1), 3), 6), 7), 8), 9), 11), 12), 13), 21), NT 26), NT 28), NT 29), NT 30), NT 31), NT 34) und 2. NT 39) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 5 (gegen Piratenpartei), NT 33 (gegen FPÖ), NT 36 (gegen Piratenpartei) und NT 37 (gegen Piratenpartei) wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

2) Präs. 13233/2003-12

Tourismusverband Stadt Graz,
Mitglieder der Tourismuskommission -
Änderung

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Stück geht es um die Mitglieder der Tourismuskommission. Gemäß § 13 Abs. 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes sind von der Stadt Graz als Tourismusverband drei Mitglieder und Ersatzmitglieder in die Tourismuskommission zu entsenden, wobei

je ein Mitglied von der stärksten, der zweitstärksten und der drittstärksten Fraktion vorzuschlagen ist. Nachdem die fünfjährige Funktionsperiode der Tourismuskommission abgelaufen ist, ist eine Neubestellung der Mitglieder der Tourismuskommission vorzunehmen. Der Stadtsenat hat vorberaten und stellt daher den Antrag als Vertretung der Stadt Graz in der Tourismuskommission des Tourismusverbandes der Stadt Graz werden folgende Personen nominiert: Gemeinderätin Daniela Gmeinbauer als Mitglied, Gemeinderat Mag. Klaus Frölich als Ersatzmitglied. Gemeinderätin Ingeborg Bergmann als Mitglied, Gemeinderätin Dipl.-Mus. Christine Braunersreuther als Ersatzmitglied. Gemeinderat Werner Savernik als Mitglied und Gemeinderätin Karin Katholnig als Ersatzmitglied. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Als Vertretung der Stadt Graz in der Tourismuskommission des Tourismusverbandes der Stadt Graz werden folgende Personen nominiert:

GR.ⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, Mitglied

GR. Mag. Klaus Frölich, Ersatzmitglied

GR.ⁱⁿ Ingeborg Bergmann, Mitglied

GR.ⁱⁿ Dipl.-Mus. Christine Braunersreuther, Ersatzmitglied

GR. DI (FH) Werner Savernik, Mitglied

GR.ⁱⁿ Karin Katholnig, Ersatzmitglied

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Wir hätten heute dazu einen Zusatzantrag eingebracht. Der Kollege Frölich hat mich darauf hingewiesen, dass es eine landesgesetzliche Regelung gibt für die Besetzung der Kommission und somit dieser Zusatzantrag nicht einbringbar ist. Deswegen ziehe ich ihn auch zurück. Dennoch würde ich bitten, in der Kommission dem Anliegen des Zusatzantrages Rechnung zu tragen, also die Vertreter, die dorthin gewählt werden. Es geht darum, wir haben einen Abstimmungsbedarf über Förderungen, wenn wir im Kulturressort oft noch nicht wissen, wie die Förderungen für La Strada etc. ausschauen, ist es einfach förderlich, wenn jemand von uns dorthin oder jemand vom Kulturressort dorthin kooptiert werden könnte. Wenn das gesetzlich nicht möglich ist, wäre ich dankbar, wenn man eine Möglichkeit finden würde, hier die Transparenz und den Austausch zu erhöhen und möchte damit die Kommission ersuchen, sich damit bitte zu befassen. Danke.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck

4) A 10/BD/003734/2014/22
A 5/45604/2012/21

Bekanntnis der Stadt Graz zum Abbau von
Barrieren im Sinne der UN-Konvention
über die Rechte von Menschen mit
Behinderungen

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, hoher Gemeinderat, werte Zuseherinnen und Zuseher! Wir haben jetzt viel über das Behindertengesetz diskutiert und ich freue mich sehr, dass wir heute ein sehr schönes Stück, ein Stück einbringen kann, wo die Arbeit eigentlich erst beginnt. Wie Sie wissen, wurde im Jahr 2008 die UN-Konvention für Menschen mit Behinderung ratifiziert. Damit haben sich die Staaten, die Regionen, die

Länder und eigentlich auch die Gemeinden verpflichtet, die Rechte für Menschen mit Behinderung umzusetzen. Es gibt einen nationalen Aktionsplan zu dieser UN-Konvention, es gibt auch seit einiger Zeit einen Maßnahmenplan auf Ebene des Landes Steiermark, das Bundesland Steiermark ist damit Vorreiterin in ganz Österreich mit diesem Maßnahmenplan, der hier erstellt wurde, und diese Vorreiterschaft wollen wir jetzt auch als Stadt Graz übernehmen. Mit dem heutigen Beschluss, und ich gehe davon aus, nachdem er auch gestern im Ausschuss einstimmig getroffen wurde, sind wir als Stadt Graz die erste Kommune, zumindest mit Abstand die größte Stadt in Österreich, die einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention hier anvisiert. Gedacht ist das Ganze so, dass da natürlich auch im Sinne der UN-Konvention die Betroffenen selbst mit dabei sind, ganz eng eingebunden sind, das heißt, einerseits wird es eine sehr enge Kooperation mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung geben, mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz, dem Herrn Mag. Palle, natürlich auch in enger Abstimmung mit dem Behindertenreferat der Stadt Graz im Sozialamt und was uns ganz, ganz wichtig ist, wirklich auch alle Interessierten einzuladen, hier mitzuarbeiten. Das heißt, es soll ein öffentlicher Prozess sein, da sollen alle, ob betroffen oder nicht, auf jeden Fall alle Interessierten, auch die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge, ihre Ideen einzubringen. Wir werden einmal diese Ideen sammeln und daraus dann auch einen konkreten Aktionsplan entwickeln. Dieser Aktionsplan sollte, ich weiß, das ist ein bisschen ein übermotivierter Zugang, aber vielleicht schaffen wir es ja wirklich, den auch noch im heurigen Jahr in der Dezember-Sitzung gemeinsam zu beschließen. Es geht hier aber nicht nur um Barrierefreiheit, die Stadt Graz ist Vorreiterin, was Barrierefreiheit betrifft, also nicht nur um bauliche Maßnahmen, nicht nur um Menschen, die im Rollstuhl sitzen oder die gehbeeinträchtigt sind, sondern es geht um alle Barrieren, es geht auch ganz konkret darum, wie verständlich sind unsere Publikationen, die wir als Stadt Graz machen. Wie verständlich sind unsere Bescheide, die wir ausstellen und ich bin mir sicher, wir werden da ein buntes Portfolio an Maßnahmen finden, wir werden dann natürlich auch eine Prioritätensetzung machen müssen, es wird Maßnahmen geben, die man sofort

umsetzen kann, Maßnahmen geben, die groß sind, die auch mit einem großen Budget im Zusammenhang stehen, die wird man nicht sofort umsetzen können, wir werden dann eher in eine längerfristige Planung eingehen, das ist sozusagen der Plan und dazu wollen wir heute diesen Beschluss fassen, um diesen Schritt jetzt quasi öffentlich legitimiert durch den Grazer Gemeinderat auch zu gehen. Ich möchte jetzt gleich eines anmerken, nachdem ich weiß, dass die grüne Fraktion einen Zusatzantrag einbringt. Die Sozialdemokratie wird diesem Zusatzantrag nicht zustimmen und zwar aus folgendem Grund: Wenn ihr gestern dabei wart im Ausschuss und wenn ihr das Stück gelesen habt, dann wisst ihr, dass wir jetzt am Anfang stehen. Ich finde das wirklich schade, dass ihr jetzt schon mit Zusatzanträgen daherkommt, wo ganz konkrete Maßnahmen drinnen sind, es geht ja darum, diese Maßnahmen jetzt einmal alle zu sammeln und ihr seid einerseits im Beirat vertreten für Menschen mit Behinderung, da habt ihr die Möglichkeit, eine Gemeinderätin oder einen Gemeinderat hinzuzusenden, und zweitens habe ich gerade betont, dass die ganze Grazer Bevölkerung eingeladen ist. Ich halte jetzt wirklich wenig davon, jetzt schon einen Zusatzantrag mit einer konkreten Maßnahme zu beschließen. Auch wenn ich inhaltlich voll hinter dieser Maßnahme stehe, aber ich denke, das ist einfach nicht Sinn der Sache, es geht heute darum, diesen Startschuss zu machen und dann alle Vorschläge, und dazu gehört natürlich auch ein barrierefreier Gemeinderatssitzungssaal, das gehört ganz selbstverständlich dazu. Was das heißt, dass da viel umgebaut werden muss, weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich war ja im Jahr 2009 hier als Landtagsabgeordnete zu Gast und die Kollegin Annemarie Wicher war damals noch im Landtag und was das für die Annemarie Wicher hier herinnen bedeutet hat, da hat man gesehen, dass in diesem Saal sehr großer Handlungsbedarf besteht. Also ich bin da vollkommen bei euch, auch was Gebärdendolmetsch betrifft, da ist das so, immer wenn angefragt wird, wenn eine Gruppe Interesse hat, so wie das auch heute der Fall ist, dann wird selbstverständlich Gebärdendolmetsch zur Verfügung gestellt. Man kann natürlich darüber reden, in welchen Bereichen man das auch noch ausbauen kann, aber kurz zusammengefasst, ich finde es wirklich ein bisschen schade, dass die grüne Fraktion da jetzt einen

Zusatzantrag schon mit konkreten Maßnahmen stellt. Ich finde, das konterkariert dieses gemeinsame Vorgehen heute. Nichtsdestotrotz möchte ich jetzt den Antrag einbringen. Der gemeinderätliche Ausschuss für Soziales, der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung sowie der Ausschuss für Verkehr stellen gemäß § 45 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes beschließen: Erstens: Der Gemeinderat beauftragt die im Motivenbericht angeführten Akteure und Akteurinnen des Hauses Graz, in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen einen kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konventionsziele zu erstellen und dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2014 zur Kenntnis zu bringen. Der kommunale Aktionsplan mit seinen zu erarbeitenden Maßnahmen ist dann nach entsprechender Beschlussfassung durch den Gemeinderat im „Haus Graz“ verbindlich umzusetzen. Ich bitte um Zustimmung und darf Sie alle, wie gesagt, sehr, sehr herzlich einladen, sich bei diesem Prozess zu beteiligen und ich darf mich jetzt noch abschließend beim Behindertenbeauftragten der Stadt Graz, Herrn Mag. Palle, und beim zuständigen Mitarbeiter im Referat für Behindertenhilfe, beim Herrn Mag. Walter Purkarthofer, sehr ausdrücklich für die bisher geleisteten Vorarbeiten und die hervorragende Begleitung dieses Projektes bedanken. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Berichterstatterin stellt namens des gemeinderätlichen Ausschusses, des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes beschließen:

1. Der Gemeinderat beauftragt die im Motivenbericht angeführten Akteure des Hauses Graz, in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen einen kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konventionsziele zu erstellen und dem Gemeinderat bis spätestens Ende 2014 zur Kenntnis zu bringen.

2. Der kommunale Aktionsplan mit seinen zu erarbeitenden Maßnahmen ist dann nach entsprechender Beschlussfassung durch den Gemeinderat im „Haus Graz“ verbindlich umzusetzen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie, für die auch jetzt mein Zusatzantrag größtenteils gedacht ist, sehr geehrte Gebärdendolmetscherinnen. Ich komme kurz, nachdem ich was zu dem Antrag selber sagen möchte, zum Zusatzantrag. Der Antrag selber, wie auch im Motivenbericht erläutert, den begrüßen wir ja natürlich sehr, das ist absolut loblich, dass die Stadt Graz bisher schon vieles unternommen hat im Bereich Barrierefreiheit, es ist absolut loblich, dass es ausgeweitet wird und nicht nur die bauliche Barrierefreiheit einbezogen wird, es ist absolut loblich, dass die Prinzipien der UN-Konvention ernst genommen werden sollen und es ist absolut loblich, dass dazu ein eigener kommunaler Arbeitsplan erstellt wird. Martina, du beginnst auf deine Antworten, auf Anträge oder Zusatzanträge mit den Worten, liebe XY, ich glaube, du hast meinen Antrag nicht gut genug gelesen, ich verkneife mir das jetzt, das zurückzugeben. In meinem Antrag geht es nicht darum, konkrete Maßnahmen jetzt plötzlich schon aufzudrucken dem Programm, sondern es steht drinnen, dass diese Punkte, die auf jeden Fall jetzt schon klar sind, dass es dringenden Bedarf gibt, dass diese Punkte in die Erarbeitung dieses kommunalen Aktionsplanes mitaufgenommen werden sollen und wenn du sagst, du findest es schade, dass wir jetzt mit konkreten Zusatzpunkten schon kommen, dann kann ich nur sagen, ich finde es schade, wenn du sagst, es wird breit der Diskussionsprozess geöffnet, wer daran Vorschläge einbringen kann usw., dass ein Punkt oder zwei Punkte, die jetzt schon bekannt sind, dass man die nicht auch schon zur Absicherung der Damen und Herren, die das betrifft, sei es die Dolmetscherinnen, sei es die ZuseherInnen oben, dass man diese zur Absicherung schon als Bekenntnis mitdazunehmen kann, dass uns das wichtig ist. Ich weiß, dass das

den handelnden Personen im Gemeinderat wichtig ist, dass wir Gebärdendolmetsch-Service anbieten können, aber alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen auch, dass die Finanzierung keineswegs in dem Ausmaß und ständigem Ausmaß gesichert ist und alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen auch, dass es natürlich noch einen Unterschied macht, wenn man erst ab einer bestimmten Personenanzahl die Möglichkeit hat, dass Gebärdendolmetsch per se einmal angeboten wird, sonst vielleicht dann, wenn es eine persönliche Betroffenheit gibt und eben nicht, wie alle anderen Personen, die hier an den öffentlichen Teilen teilnehmen können, ständig dann, auch wenn sie quasi spontan draufkommen, dass sie heute Zeit haben oder Interesse haben, an der Gemeinderatssitzung teilzunehmen, das ist der eine Punkt; deswegen ist es uns sehr wohl wichtig, dass das explizit genannt wird, damit wir damit ein Zeichen geben, ja, wir werden uns bemühen, das auch im Budget zu berücksichtigen. Dass zum Beispiel zwei Teams von Dolmetscherinnen hier sein können, damit die Zeit, in der gedolmetscht wird, nicht auf ihre physischen Kräfte begrenzt ist, dass auch, wenn vielleicht nur ein oder zwei Personen sich interessieren für die Gemeinderatssitzung, dass das möglich ist. Und der zweite Punkt, was die Barrierefreiheit dieses Gemeinderatssitzungssaales betrifft, das habe ich auch deshalb hineingenommen, Herr Bürgermeister, Sie werden sich erinnern, wir hatten das schon einmal, es hat, ich glaube im Jahr 2012, in der Fragestunde habe ich bereits dazu eine Frage gestellt, auf die Sie erfreulicherweise geantwortet haben, nach Verkleinerung des Gemeinderates wird geschaut, dass gemeinsam mit dem Denkmalamt Lösungen konzipiert werden und ich möchte das mit diesem Zusatzantrag einfach nur noch einmal in Erinnerung rufen, dass 2012 ein Zeitl her ist schon, dass die Verkleinerung des Gemeinderates auch schon ein Zeitl her ist und dass das bitte auch als eines der dringenden Anliegen, das ich übrigens damals auch von der Annemarie Wicher mitbekommen haben, die mich gefragt habe, ob ich das noch mal einbringen kann, dass das als eines der dringenden Anliegen berücksichtigt wird. Und der dritte Punkt, dass wir als Stadt Graz an den Steiermärkischen Landtag appellieren, die Empfehlungen und die Stellungnahmen des Grazer Menschenrechtsbeirates zu der Novelle des

Behindertengesetzes dort noch einmal kundzutun, das halte ich auch nicht für verwerflich, das zu tun. Der Grazer Menschenrechtsbeirat hat genau diese Funktion zu beraten und dass wir diese Empfehlungen an die Kolleginnen und Kollegen ins Land noch einmal weitergeben, das denke ich, ist eine notwendige und sinnvolle Sache. Wenn wir die UN-Konvention, die wir für uns ernst nehmen, auch den Kolleginnen des Landtages etwas näherbringen wollen. Daher stelle ich den Zusatzantrag: Erstens: In die Erstellung des kommunalen Aktionsplans werden die im Motivenbericht dargestellten Anregungen zur Ausweitung des bestehenden Gebärdendolmetsch-Angebots aufgenommen, ebenso wie die Planungen für eine barrierefreie Umgestaltung des Gemeinderatssitzungssaals und die diesbezügliche Absprache mit dem Bundesdenkmalamt und zweitens, die Stadt Graz möge an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen herantreten, die vom Grazer Menschenrechtsbeirat angeführten Kritikpunkte an der jüngsten Novellierung des Steiermärkischen Behindertengesetzes dringend zu berücksichtigen. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: wir werden natürlich selbstverständlich diesem Stück zustimmen, das ist auch das Ergebnis der jahrelangen Bemühungen von unserem ehemaligen Kollegen Mario Kowald, das ist ja eigentlich das Resultat seiner Arbeit, dass wir dieses Stück heute hier im Gemeinderat haben und zum Zusatzantrag kann ich nur sagen, was die Dolmetschungen der Gemeinderatssitzungen anbelangt, wir haben jetzt vier Fixtermine einmal vereinbart, wo auf jeden Fall eine Dolmetschung stattfindet und zusätzlich haben wir auch dem Landesverband weitergegeben, wenn Interesse da ist, kann selbstverständlich angerufen werden und dann stellen wir Dolmetscher bereit. Es wäre nur aus meiner Sicht nicht sinnvoll, wenn wir jede Sitzung hier vom Anfang bis zum Ende eine Dolmetschung hätten und kein gehörloser Mensch ist im Saal anwesend. Also das hätte keinen Sinn, das wäre nicht zielführend. Was anderes wäre es natürlich, wenn irgendwann einmal eine Video-Live-Übertragung im Internet ist,

dann macht es wieder Sinn, so ist es auch im Nationalrat, aber so lange wir das nicht haben, hätte ich gesagt, dass wir genau das machen, was wir mit dem Landesverband vereinbart haben (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 14.35 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Dr. Piffil-Percevic

- | | |
|---------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 14) A 14-020172/2013-0005 | <u>4.01 Stadtentwicklungskonzept der
Landeshauptstadt Graz</u>
<u>1. Änderung 2014 - Entwurf</u> |
| 16) A 14-023362/2014-0008 | <u>3.22 Flächenwidmungsplan 2002 der
Landeshauptstadt Graz</u>
<u>22. Änderung 2014 – Entwurf</u> |

Gr. Dr. **Piffil-Percevic:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Der Raumordnungsausschuss hat in den beiden letzten Gemeinderatssitzungen vorangegangenen Ausschusssitzungen sich mehrfach mit den Thematiken, die es nunmehr zu berichterstaten gilt, intensiv befasst. Dem vorausgegangen sind natürlich monate-, oft jahrelange Vorarbeiten auch in den zuständigen Ämtern. Ich darf nun als

Vorspann zu einer Änderung des 3.22 Flächenwidmungsplan auch in einigen Punkten eine Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes, das wir zuletzt beschlossen haben, berichten und zur Abstimmung vorschlagen. Es geht hier im Wesentlichen um die Steyrergasse, wo die Remise als bisheriges „Wohngebiet hoher Dichte“ wird in „Wohnen hoher Dichte/Zentrum“ geändert und es sollen auch Grünflächen dort gesichert werden. Im Zusammenhang mit einer zukünftig beabsichtigten Nutzung durch die Holding. Zweitens ist in der Hüttenbrennergasse, ebenfalls im Bezirk Jakomini, der Plan einer internationalen regulativ entsprechenden Ballsporthalle geplant und zu diesem Zweck soll „Wohngebiet hoher Dichte“ in „Eignungszone Freizeit, Sport, Ökologie“ geändert werden und auch eine Fläche getauscht werden, die in „Eignungszone Freizeit, Sport, Ökologie“ vice versa umgewidmet wird. Es ist auch im Ausschuss zu Protokoll gegeben worden die Absicht, die vom Bezirksrat auch sehr unterstützt wurde, hier Sportflächen, die für die allgemeine Nutzung abseits dieser internationalen Halle sodann zur Verfügung stehen sollen. Es geht weiter im Punkt 3 im Stadtentwicklungskonzept Änderung um die Hafnerstraße, da gab es bisher einen Reitbetrieb mit insgesamt 1,29 Hektar Eignungszone Sport, hier soll unter Schaffung eines Parks, einer Grünfläche von 4.000 m², eben eine Umwidmung in Bauland oder „Wohnen mittlerer Dichte“ erfolgen. Der vierte Punkt und der letzte Punkt im Änderung Stadtentwicklungskonzept ist eine Fläche, ebenfalls im Bezirk Jakomini, die nunmehr dem Stift Admont gehört, das sogenannte Dominikanerkloster Hafnerriegel und hier sollen insgesamt auch die derzeit öffentlich zugänglichen Grünflächen von 6.000 auf 8.700 und noch einmal um weitere 1000 Quadratmeter vergrößert werden im Gegenzug zu einer Baulandausweisung. Also dieses Grünflächenmanko im Bezirk Jakomini ist deutlich, in diesem Bereich deutlich verbessert worden. Das ist die Berichterstattung zum Stadtentwicklungskonzept und ich kündige auch schon an die Bitte, dass der Punkt 1, die Remise Steyrergasse, das ist der einzige Punkt, der nicht einstimmig beschlossen wurde im Ausschuss, gesondert abgestimmt wird.

Ich darf die Berichterstattung gleich für den Flächenwidmungsplan fortsetzen und müssen natürlich die Stücke dann in dieser Reihenfolge getrennt abstimmen. Im 3.22

Flächenwidmungsplan, 22. Änderung ist wieder der Punkt 1) Steyrergasse berichtet. Der Punkt 2 ist ein auch sehr wichtig, alle Punkte sind sehr wichtig, aber es geht um das Gelände, das ehemalige oder Noch-Gelände des ÖAMTC in der Reininghausstraße, der zieht ja dort in die Reininghausstraße weiter unten oder weiter oben, je nachdem, wie man es sieht, hin und dort haben sich alle Wohnungs- beziehungsweise Grundstückseigentümer, Gewerbegebiete geeinigt, eine große Fläche „Allgemeines Wohngebiet, Aufschließungsgebiet“ dort zu schaffen, das ist wirklich ein mustergültiges Vorhaben und wo auch einige Verbesserungen inklusive Lärmschutz realisiert werden können.

Der dritte Punkt ist Center Ost St.-Peter-Gürtel, hier soll eine Fläche von einem etwas über einem halben Hektar in ein Einkaufszentrum II räumlich überlagert mit „Gewerbegebiet“ geändert werden. Der vierte Punkt betrifft Flächen, die bisher für die Sicherung des Standortes der TU in den Inffeldgründen am Standort Inffeldgründe vorgesehen war, aber so nicht mehr benötigt werden als Vorbehaltsfläche bisher ausgewiesen in „Kerngebiet ausgenommen Einkaufszentrum“ umgewandelt werden, das erfolgt im Einvernehmen mit der BIG und auch eine Fläche von 1,18 Hektar in „Kerngebiet mit der Ersichtlichmachung Hochschule Universität, ausgenommen Einkaufszentren. Der fünfte Punkt betrifft ein BIG—Grundstück in der Hilmteichstraße, hier soll eine Fläche von 0,31 Hektar auf Antrag der GBIG in Allgemeines Wohngebiet, Aufschließungsgebiet, bisher Sondernutzung Hochschule, umgewidmet werden. Der sechste Punkt der Flächenwidmungsplanänderung ist in diesem SmartCity-Entwicklungsgebiet in der Waagner-Biro-Straße. Da haben wir schon das östliche Gebiet im Ausmaß von acht Hektar, das zwischen Waagner-Biro-Straße und Bahn liegt, nördlich der List-Halle schon umgewidmet, hat uns schon beschäftigt, jetzt geht es um den Teil westlich der Waagner-Biro-Straße. Also direkt gegenüber der List-Halle Richtung Norden. Hier soll auch unter Gewinnung einer Parkfläche ein Gebiet von 3,18 Hektar unter den Aufschließungserfordernissen von bisher Gewerbegebiet in Allgemeines Wohngebiet, dann ein Teil eben in Vorbehaltsfläche mit Zweckbestimmung Schule und der Nachfolgenutzung Allgemeines Wohngebiet und

wieder eine dritte Teilfläche in Allgemeines Wohngebiet gewidmet werden. Ein Teil, wie schon ausgeführt, in Parkanlage und in der Hüttenbrennergasse, das habe ich schon berichten können, da geht es um diese Ballsporthalle, das ist das entsprechende Flächenwidmungsplanstück in der Liebenauer Hauptstraße geht es im Grundstück 293 in ein Gewerbegebiet, das jetzt in Allgemeines Wohngebiet überlagert werden soll Ausgenommen Einkaufszentren und in 8a geht es auch in Liebenau, in der Liebenauer Hauptstraße, um die Ersichtlichmachung der beabsichtigten Eisenbahnunterführung Murpark, zweigeleisiger Ausbau, dann wird die Eisenbahnunterführung dort notwendig, das soll auch jetzt schon im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemacht werden. Der Punkt 9 Starhemberggasse, wir sind wieder im Bereich der SmartCity im Bezirk Lend, an Eggenberg angrenzend soll auch durch eine Baulandausweisung aber eine Durchwegung sichergestellt werden für einen Fuß- und Radweg entlang der Alten Poststraße und ein 5.300 m² großer Park geschaffen werden. Der zehnte Punkt ist der Wegfall von der Nutzung her durch Salis und Braunstein in der Wiener Straße, hier soll eine Fläche von 1,3 Hektar in Allgemeines Wohngebiet Aufschließungsgebiet umgeändert werden. Hafnerstraße ist der Punkt 11, habe ich berichtet, und ebenfalls Punkt 12 Hafnerriegel, Stift Admont. Ich ersuche nun gleich vorweg zusammen mit meiner Berichterstattung um getrennte Abstimmung auch einiger Punkte des Flächenwidmungsplanes und, wie schon ausgeführt, auch des Punktes 1 im der STEK-Änderung. Zum Flächenwidmungsplan möchte ich weiters ausführen, dass es eine Befangenheit eines Kollegen aus dem Gemeinderat für das Stück 5 des Flächenwidmungsplanes gibt, Gemeinderat Haberler hat daher auch an der Beschlussfassung im Ausschuss zu diesem Punkt heute nicht mehr teilgenommen, weil das gemeldet wurde dem Herrn Bürgermeister seine Befangenheit. Ich bitte, das für das Protokoll festzuhalten. Wir haben daher auf Antrag der Grünen beim Flächenwidmungsplan eine getrennte Abstimmung bisher schon beantragt, zum dortigen Punkt 1, zum Punkt 3, also Steyrergasse, Center Ost und zum Punkt 8, das war der Punkt mit der Liebenauer Hauptstraße und da kommt jetzt der Punkt 5 als getrennte Abstimmung dazu, weil dort wird eben eine mögliche Stimme nicht daran

teilnehmen. Das war zunächst meine Berichterstattung. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Zu Punkt 14:

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) die Absicht, den Entwicklungsplan zum 4.0 Stadtentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Graz in den oben angeführten 4 Punkten zu ändern.
- 2) den Entwurf des 4.01 Stadtentwicklungskonzeptes der Landeshauptstadt Graz – 1. Änderung 2014 im Amtsblatt vom 16. Juli 2014 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom
17. Juli 2014 bis 12. September 2014
zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

Zu Punkt 16):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen:

1. die Absicht, den 3.0 Flächenwidmungsplan 2002 in der Fassung 3.21 in den in der Verordnung, der plangraphischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht angegebenen 12 Punkten zu ändern,
2. den Entwurf zum 3.22 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz – 22. Änderung 2014 im Amtsblatt vom 16. Juli 2014 kundzumachen und im Stadtplanungsamt während der Amtsstunden in der Zeit vom 17. Juli 2014 bis 12. September 2014 zur allgemeinen Einsicht öffentlich aufzulegen.

GR. **Dreieibner:** Danke, Peter Piffli-Percevic, für den guten Vortrag und auch die Ankündigung, was alles von uns gewünscht ist, extra abzustimmen, weil wir hier noch einige Fragen zu viel haben, um der Auflage von STEK und Fläwi zustimmen zu können. Ich fange mich dem Flächenwidmungsplan unorthodoxerweise an, da sehen wir beim Thema Liebenauer Hauptstraße ein etwas falsches Signal, wenn man Bereiche und Flächen freihält für einen möglichen Unterführungsbau unter die Ostbahn. Was uns begleitet und was eigentlich noch gelten sollte, wäre die Idee, dass durch den Bau des Südgürtels, den wir auch nicht besonders schätzen, die Liebenauer Hauptstraße ja zurückgebaut werden soll und folglich nicht mehr diesen Verkehrsanfall und Verkehrsdruck haben sollte, der heute gegeben ist. Folglich erübrigt sich aus unserer Sicht hier die Vorhaltung für ein teures Bahnunterführungsbauwerk oder man meint Ersteres nicht so ernst, wie es mal geklungen hat. Beim Center Ost, grundsätzlich nicht so sehr das Thema, dass dort dementsprechende Widmung für das Zentrum erfolgen sollte. Einkaufszentren sollen nicht vergrößert werden, hier ist keine deutliche Vergrößerung, aber was hier aus unserer Sicht bisher verabsäumt worden ist, vielleicht schaffen wir es bis zur Beschlussfassung im Herbst von Flächenwidmungsplanänderungen ist, dort eine dementsprechende Möglichkeit zu schaffen, dass man eine Endhaltestelle für einen Linienbus, der nicht heute fährt, der auch nicht morgen fahren muss, aber der einmal fahren könnte, im Bereich dieses Grundstückeigentümers vertraglich sicherstellen könnte. Dann wäre das unter Umständen auch anders anzugehen. Jetzt zum Hauptpunkt kommend, Steyrergasse Holding Graz GmbH. Da sind wir etwas verwirrt, mich wundert, dass es nicht mehr Leute hinterfragen und mehr Fraktionen hinterfragen. Die Holding Graz hat noch kein Zukunftskonzept präsentiert beziehungsweise längerfristig verfolgt, das so geklungen hat, als würde man dort die ganzen Bürostandorte, Zentralen usw. zusammenziehen wollen, jetzt auf einmal will man das. Was meine Recherchen usw. ergeben haben, gibt es dahingehend auch noch keine weitergehenden Informationen an andere Gremien, etwa Aufsichtsrat usw. Also das ist für mich etwas zu früh, da sollte man mit der Holding noch in Diskussion treten, was sie will, wann genau tun wollen und wie lange sie dann

diesen mittelfristigen Plan verfolgen. Weil eines dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, sollten wir das dort umwidmen und es fällt dann dem Eigentümer, das wäre in dem Sinn schon die Stadt Graz und die Holding direkt und die Stadt Graz indirekt, ein, das anderwärtig zu verwerten, zu vermieten oder verwenden zu lassen, dann gibt es dort eine Widmung, die eine dementsprechende Bebauung, etwa Bürobebauung, möglich macht, allein aufgrund des Flächenwidmungsplanes beziehungsweise des Stadtentwicklungskonzeptes. Da sollen wir und vorher mehr die Grundlagen anschauen, deswegen unsere Skepsis hier bei der Auflage. Zu den Stücken, die Grünraumausstattung, insbesondere Grünanger und Hafnerriegel, betreffen, ist es nicht so, wie Kollege Piffel, also aus unserer Sicht nicht so, wie Kollege Piffel-Percevic gesagt hat, dass man jetzt ein gutes Stück neuen Grünraum geschaffen haben? Nein, zum einen bauen wir eine Halle und verlieren eigentlich eine Freifläche, die für den Sport verwendet worden ist und haben leider noch keine Ersatzfläche. Im Fall des Hafnerriegels ist eine gute Lösung geschehen. Was aber übrig bleibt, ist jetzt im Vorfeld und dann im Zuge der vierten Flächenwidmungsplanrevision wirklich zu schauen, dass wir im Bezirk Jakomini noch möglichst viel unbebaute Flächen für Grün- und Freiflächen herauskriegen kann und definieren kann im Sinne von Vorbehaltsflächen, das gilt auch für andere Bezirke wie Gries und Lend zum Beispiel, weil genau diese Punkte dort sehr dringend sind und aufgrund des Baudrucks, dem sich die Stadt gegenübersteht, der eben auch positiv ist, aber nicht nur positiv ist, würde da in 10/15 Jahren wahrscheinlich keine Mischung, keine Ecke mehr frei sein, das heißt, hier gilt es jetzt zu handeln und ich hoffe da auf den Flächenwidmungsplanprozess, der hoffentlich auch wirklich bald startet. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.40 Uhr den Vorsitz.

Der Punkt 1 des Tagesordnungspunktes 14) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen (42 : 4).

Die Punkte 2 bis 4 des Tagesordnungspunkte 14) wurden einstimmig angenommen (46 : 0).

Der Punkt 1 des Tagesordnungspunkte 16) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen (42 : 4).

Der Punkt 3 des Tagesordnungspunktes 16) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen (42 : 4).

Der Punkt 5 des Tagesordnungspunktes 16) wurde einstimmig (ohne GR. Haberler, befangen) angenommen.

Der Punkt 8 des Tagesordnungspunktes 16) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen (42 : 4).

Die Punkte 2, 4, 6, 7, 9, 10, 11, 12 des Tagesordnungspunktes 16) wurden einstimmig angenommen (42 : 0).

Berichterstatter: GR. Dr. Piffl-Percevic

10) A 10 BD/007174/2009/0027
A 10/8-043174/2013/0008

Stadtteilentwicklung Reininghaus –
Quartier 4 – Linse Nord

15) A 14-044965/2012-0040

Vereinbarung über die Erschließungs- und
Gestaltungsmaßnahmen

14.11.0 Bebauungsplan

Alte Poststraße – Reininghausstraße

XIV. Bez., KG Baierdorf

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Die Stadt wächst, sie pulsiert, wir merken das, zum Beispiel haben wir vor kurzem auch hier im Gemeinderat die neueste Statistik über die Studierendenzahlen, das ist so ein Messpunkt dieser Vitalität der Stadt, bekommen, wir hatten alle noch in den Köpfen 45.000, maximal 50.000 Studierende, wir haben die 60.000er-Marke überschritten. Allein dieser Messpunkt dieser durch Wissenschaft, Forschung so dominierten Stadt, heute im Morgenjournal konnte der Vertreter der deutschen Automobilindustrie, als er zur Automobilentwicklung gefragt wurde, Volkswagen arbeitet ohne Werksferien für den Golf über den Sommer, auch zum Beitrag Österreichs gefragt werden. Das ist dort in dem Bereich ein beachtlicher Zulieferanteil und er hat ausdrücklich, er ist gar nicht danach gefragt worden, Graz als innovativen Entwicklungs- und Produktionsstandort hingewiesen. Das ist schön zu hören, trägt zur Attraktivität der Stadt hier im Inland, aber auch im Ausland, bei und das spiegelt sich in einer sehr offensiven und vitalen Entwicklung. Aus diesem Grund haben wir uns auch den Vorschlägen der Stadtsenatsreferenten folgend, damals vor einigen Jahren, zum Rahmenplan im Jahr 2009 entschlossen, um dieser Fläche Reininghaus mit ihren 56 Hektar innerstädtischem, damals Gewerbe- und Industriegebiet entschlossen, hier eine Entwicklung, eine geplante Entwicklung in Gang zu setzen. Ich darf nochmals sagen, wir können es uns nicht aussuchen, dass wir so attraktiv sind. Wir haben nur die entsprechende positive Antwort darauf zu geben und ich bin zuversichtlich und hoffe, das wird sich auch im Stimmverhalten widerfinden, dass wir dieser Entwicklung im Interesse der schon hier wohnenden Grazer und der, die noch dazukommen, auch eine taugliche Chance geben. Und daher haben wir heute sozusagen einen Meilenstein nach dem Rahmenplan, der ein interner Fahrplan für uns ist, sozusagen eine Trägerfrequenz, an der wir uns weiterentwickeln werden, nunmehr konkret nach dem

Raumordnungsgesetz vorgesehenen Bebauungsplanschritt zu setzen, nachdem wir die Flächenwidmung ja schon zuvor ermöglicht haben für dieses Areal, weg von Gewerbe- und Industriegebiet hin zum Aufschließungsgebiet Wohnen, Zentrumsfunktion zum Teil. Wichtig immer wieder, jetzt schon, dass das Aufschließungsgebiet, und das kann ich vorwegnehmen, weil dort maßgebliche Erfordernisse eben die Vorbedingung sind, zum Beispiel der Straßenbahnausbau, auch weiterhin trotz der Erlassung, so ist der Vorschlag zur Beschlussfassung, so wurde es auch im Ausschuss mehrheitlich beschlossen, dass dieses Aufschließungsgebiet bestehen bleibt und ich komme dann dazu, es wurden auch wesentlich noch einmal verstärkt diese Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Es geht also um ein Teilgebiet aus den 56 Hektar von 25.700 m² die nunmehr zur Bebauungsplanerstellung beantragt wurden von Asset One, der Projektentwicklungs GmbH und hierzu wurden entlang des Rahmenplanes entlang der Studie über der Machbarkeitsstudie über die Straßenbahnverlängerung aus 2008 durch eine Studie aus dem Vorjahr von Rinderer und Partner. Entlang der Lärmbelastungsuntersuchung und einer schalltechnischen Untersuchung einer wetter- und climatechnologischen Untersuchung, wir haben den Herrn Prof. Lazar, den internationalen ausgewiesenen Fachmann, auch im Ausschuss gehabt. Es sind hier aufgrund vieler Randbedingungen ist die Machbarkeit nachzuweisen und ich kann das Ergebnis vorwegnehmen, diese Machbarkeit mit all den genannten Faktoren und vielen anderen mehr ist gegeben. Daher würden wir auch in der Lage sein, den Bebauungsplan zu beschließen. Es ist hier, in der Abfolge müssen wir zuerst den Gestaltungs- und Mobilitätsvertrag beschließen, in meine Berichterstattung fließt das aber auch in anderer Reihenfolge ineinander. Wir hatten den Bebauungsplan, zu Beginn wurde ein Workshopverfahren eingeleitet und auch dazu eine kurze Bemerkung. Wir halten heute bei drei Teilflächen aus den 56 Hektar, die heute ist eine schon sozusagen bebauungsplanmäßig hoffentlich im Ziel und zwei weiteren, die dem Investor Wolfgang Erber gehören, ist bereits ein Wettbewerb, der Voraussetzung ist dort für die Bebauungsplanerstellung, das ist dort, wo der Altbaubestand ist im Wesentlichen und eine weitere dem Herrn Erber gehörende Fläche, wo so ein

Wettbewerb im Gange ist und heute aufgrund des Workshopverfahrens können wir als Erstes diese Fläche der 25.700 m² in der sogenannten Linse, das ist die Fläche, die von den Steinfeldheimgärten auf der anderen Seite der GKB-Bahn sozusagen begrenzt werden, dann durch das Futtermittelwerk durch den hohen Turm, der dort steht, auch nördlich der GKE und dann durch die neue Unterführung unter der GKE zum Kreisverkehr durch die Reininghausstraße stadtauswärts wieder bis zur GKE, um diese Fläche geht es. Es hat hier die Stadtplanungsabteilung, die Baudirektion, die Verkehrsabteilung mit ihren Beamten und ihren Abteilungsleitern, mit dem Herrn Baudirektor, mit Dipl.-Ing. Inninger, Kroissenbrunner namentlich, denen ich auch jetzt schon herzlich danken möchte, diese Vorarbeit geleistet, die es dann ermöglichte und der Ausschuss wurde begleitend informiert. Es ist nicht so, dass der Ausschuss... natürlich mit dem jetzigen Ergebnis und ich komme gleich zum Mobilitätsvertrag, da war dann das Eingemachte der Umsetzung, das war neu, da hat der Herr Prof. Eisenberger als Rechtsanwalt als Vertreter der Stadt intensiv mitverhandelt und auch mehrfach im Ausschuss berichtet. Es kam dann zur Auflage aufgrund des Wettbewerbsverfahrens, das Atelier Thomas Bucher, Ziviltechnik GmbH sozusagen gewonnen hat und der dann zur weiteren Entwicklung herangezogen wurde, Bucher, der im Übrigen seinerzeit auch am Rahmenplan bereits mitgewirkt hat. Es hat die Auflage dieses Entwurfes gegeben. Im Vorjahr, im Herbst, am 31. Oktober bis 10. Jänner heuer und es hat ein Info-Veranstaltung im Hotel Europa am 16. Dezember gegeben, an der sehr zahlreich teilgenommen wurde. Acht Einwendungen waren die Folge. Ich möchte das nicht kommentieren, ob das viel ist oder wenig, auf die galt es zu reagieren und zu antworten, das ist auch erfolgt. Erst danach war es möglich, einerseits mit dem Antragsteller und eben den Fachleuten und unseren Ämtern die Details des Mobilitätsvertrages, wir haben ja uns eine sanfte Mobilität dort festgelegt, die Details des Mobilitätsvertrages und der Gestaltung, deswegen war der Vertrag auch in beiden Ausschüssen, nicht nur, ohne Abwertung, im Verkehrsausschuss Gegenstand. Dort wurden in diesem Gestaltungsvertrag die sanfte Mobilität, Radverkehr, E-Mobility, Parkraumbeschränkung der Parkplatzanzahl, Sammelgaragen,

50 % sind dort dem unterworfen, die Zufahrt Verkehrssignalanlage, Mitfinanzierung dieser durch den Grundstückseigentümer, Kreuzungsausbau, die energetische Versorgung, möglicherweise Niedertemperatur, jedenfalls durch eine ökologisch fortschrittliche Art der Energieversorgung und Solarwärme durch die Bauwettbewerbe, die in Folge für die tatsächliche Ausgestaltung erforderlich sind, also Baukultur, Kunst im öffentlichen Raum und die soziale Nachhaltigkeit, das sind die wesentlichen Punkte, die im Gestaltungs- und Mobilitätsvertrag enthalten sind. Es hat umfangreiche Beratungen gegeben und das war jetzt einmal die Berichterstattung zum Mobilitätsvertrag.

Ich ergänze noch die restlichen Punkte zum Bebauungsplan. Es basiert auf der maximal dort möglichen Dichte von 2,0, das ist das, was wir auch uns vorgenommen haben. Im Rahmenplan wurde das nicht punktgenau festgelegt, es wäre auch möglich aufgrund der Widmung 2,5 an Dichte. Aber ich bringe gleich ein wichtiges Datum, ohne Sie zu viel mit Zahlen zu beaufschlagen. Die Fachleute sagen uns, unter 1,6 Dichte auf einem größeren Areal ist eine Straßenbahn nicht legitimierbar. Bei 2,5 noch stärker, bei 2,0, ja wir stehen dazu, das ist jetzt keinerlei Fragezeichen, ich wollte nur sagen, das Bewegen innerhalb dieser Werte, was das für Auswirkungen hat. Wir wollen dort eine Stadt bauen und das ist, ich gebe das nur wieder was im Ausschuss auch nachgefragt wurde. Um den Bahnhof haben wir eine Dichte von bis zu 7-fachen Grundfläche, ist Bruttogeschoßfläche, ich möchte das jetzt auch nicht weiter kommentieren, die Zahlen sprechen für sich. Wir sind auch dort nicht im Extrembereich des rechtlich Möglichen, sondern wir wollen dort auch eine GreenCity mit sanfter Mobilität, mit Grünflächen machen, wir erinnern auch, dass wir 16 Hektar vom Eigentümer im gesamten Areal für Park und Verkehr abgetreten erhalten haben. Es wurde auch ein Mix in diesem Bebauungsplan von maximal 75 % Wohnfläche festgelegt oder gilt es festzulegen durch unsere Beschlussfassung, die Unzulässigkeit des Bewohnens der Parterre-Geschoße dort will man in eine gemischte Nutzung haben. Die Geschoßhöhe in Teilbereichen dieses Areals, im kleineren bis zu 15 Geschoße der Mix der Dichte über das gesamte Areal, es ergibt sich auch eine wesentlich niedere, aber gegliederte ökologiebedingte

Baugestaltungsmöglichkeit auf diesem Areal. Ich wollte das noch einmal auf den Punkt bringen und wiederhole auch noch einmal den Punkt der Straßenbahn, das hat heute durch einen Änderungsvorschlag, der von der KPÖ eingebracht wurde, der unseren vollkommenen Konsens gefunden hat, dass also der Straßenausbau tatsächlich erfolgt und gesichert ist. Auch dazu noch ein Wort. Die Verkehrsabteilung hat uns ausgeführt, dass mit der Projekteinreichung spätestens im Jänner, mit der Ausschreibung der Projektierung für die Beauftragung im Jänner erfolgen soll und die internationale Projektvergabe für die Planung dann Mitte nächsten Jahres, ich wollte das noch einmal auf den Punkt bringen und appelliere an alle, die eine vernünftige lebenswerte Stadtentwicklung auch in diesem neuen Stadtteil wünschen, diesem Vorschlag, der vom Amt erstellt wurde, seine Zustimmung zu geben und ersuche nochmals um Abstimmung in der Reihenfolge Mobilitäts- und Gestaltungsvertrag und danach Bebauungsplan. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

Zu Punkt 10):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Verkehr folgenden Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird genehmigt.
2. Der beiliegende und einen integrierenden Bestandteil des gegenständlichen Berichtes bildenden Vereinbarung über die Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen "Reininghaus Quartier 4 – Linse Nord" wird die Zustimmung erteilt.
3. Die Stadtbaudirektion wird bevollmächtigt, allfällige im Zuge der weiterführenden Verfahrensschritte notwendigen redaktionellen Änderungen mit dem Vertragspartner vorzunehmen. Nach Vorliegen der endgültigen Fassung wird die

Stadtbaudirektion diese dem Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zur rechtsgültigen Fertigung übermitteln.

4. Die Abteilung für Verkehrsplanung wird die verkehrsrelevanten Themen dieser Vereinbarung im Sinne des Rahmenplanes begleiten.

Zu Punkt 15):

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 14.11.0 Bebauungsplan „Alte Poststraße – Reininghausstraße“ bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen.

GR. **Lohr:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer! Ich schließe an an den Vorsitzenden vom Planungsausschuss, ich bin ja im Verkehrsausschuss zuständig. Reininghaus, ein wichtiges Projekt, haben wir natürlich auch im Klub lange diskutiert, alle Für und Wider. Nur so positiv wie die ÖVP sehen wir das Stück nicht, und ich beziehe mich vor allem auf den Bebauungsplan, weil beim Mobilitätsvertrag haben wir natürlich mitgestimmt, beim Bebauungsplan haben wir unsere Bedenken. Wir haben lange versucht, den Bebauungsplan im Rahmenplan wiederzufinden, das ist uns nicht gelungen. Ich darf kurz ausführen, dem Rahmenplan wurde mit der Ausweisung im Flächenwidmungsplan als Kerngebiet Rechnung getragen. Unter dem Blickpunkt dieser Nutzungen wurden städtebauliche Maßnahmen gesetzt, etwa die Geschoßanzahl auf maximal fünf Geschoße festgelegt.

Dies wird nun im aktuellen Bebauungsplan deutlich überschritten, ebenso kommt es zu einer Überschreitung der im Flächenwidmungsplan ausgewiesenen Bebauungsdichte, die ihrerseits bereits den Rahmenplan überschritten hat. Wir halten also fest, dass vom Rahmenplan abgewichen wurde und daraus eine Überschreitung der Bebauungsdichte und der im Rahmenplan festgesetzten Geschoßanzahl bewirkt wurde. Argumentiert wird immer seitens des Amtes dahingehend, dass der Bebauungsplanwerber ja entsprechend Grundflächen an die öffentliche Hand abtreten musste, weshalb eben eine höhere Geschoßanzahl und die Bebauungsdichte zu rechtfertigen seien. Dem schließen wir Freiheitliche uns nicht an. Bereits im Rahmenplan wurde festgelegt, dass eine entsprechende Widmung der Reininghausgründe nur mit der ebenso entsprechenden Grundabtretung in Verbindung stehen kann, andernfalls die Stadt Graz eine Widmung im gewünschten Sinne gar nicht erst in Angriff nehmen würde. Bereits im Fläwi wurden den Bauwerbern Zugeständnisse gemacht, die über den ursprünglichen Rahmenplan hinausgingen, was sich eben in einer höheren Bebauungsdichte, als ursprünglich von der politischen Seite geplant war, niederschlug. Nun soll im dritten Verordnungswerk eben nach STEK und dem Fläwi im Bebauungsplan ein weiteres Mal die Dichte und die Geschoßzahl erhöht werden. Diese Scheibchentaktik unterläuft den ursprünglich beschlossenen Rahmenplan für das Quartier Reininghausgründe sehr deutlich und das hat natürlich Konsequenzen. Legt man nun auf die verbleibenden Bauflächen jenen Maßstab, der bei der Linse Nord im eben besprochenen Bebauungsplan vorgesehen ist, so weisen Städteplaner darauf hin, dass dieses Gebiet für deutlich mehr Personen als im Rahmenplan vorgesehen, konzipiert werden dürfte. Übersteigt nun aber dieses Quartier die zu erwartende Einwohnerzahl von 30.000 deutlich, so würde dies die Stadt Graz vor infrastrukturellen Aufgaben und deren Kostentragung stellen. Auch diese Tatsache ist im Rahmenplan für Reininghaus in dieser Deutlichkeit nicht vorgesehen beziehungsweise anders geregelt worden. Wir fassen zusammen, die ursprünglichen Zielsetzungen für dieses Quartier wurden ignoriert und die ressortzuständige ÖVP, und da haben wir den Herrn Bürgermeister schon direkt angesprochen, er ist auch jetzt

gerade nicht herinnen, ist eigentlich seltsam bei so einem wichtigen Stadtbauggebiet, er hat es verabsäumt, die Bedenken, die es ja auch in anderen Parteien gegeben hat, sich aktiv da einzubringen, auch Lösungsvorschläge zu präsentieren, er war auch im Planungsausschuss nicht zugegen, wie diese Fragen gestellt wurden. Deshalb können wir Freiheitliche eben dem Bauplan heute nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler:** Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, Gemeinderat und Zuhörer! Danke für das Plädoyer vom Herrn Kollegen Lohr. Irgendwie ist dieser Text, den er da vorgelesen hat, entstanden, ich glaube vor einiger Zeit, weil das einfach schon überholt ist. Was passiert dort auf der Linse, warum hat sich die ÖVP und auch andere dann, werden wir sehen, was zur Abstimmung kommt, hoffentlich dazu entschlossen? Wir haben in Reininghaus ein Grundstück reserviert für Volksschulaausbau und für sozialen Wohnbau. Jetzt kommt der Bauwerber oder einer, der sich zumindest interessiert dafür, für diese Linse, die BIG, was wollen sie dort machen, sie wollen dort, weil es im Westen von Graz keinen...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Haberler:** Ja, dann hätten Sie es auch nicht gesagt, weil dann stimmt es nicht mehr. Es gibt in Graz im Westen kaum höhere Schulen, es soll dort ein Gymnasium entstehen, eine Schule. Geplant ist in weiterer Folge, dass auch die Volksschule dort hinkommt, weil dieser Punkt viel zentraler ist und besser zu erreichen ist. Und das sind Gründe, warum wir hergehen und sagen, ok, wir möchten auch diesen Ausbau fördern. Was sind die nächsten Punkte? Den Grund, den wir haben weiter drinnen in Reininghaus, der steht natürlich dann viel mehr Fläche für sozialen Wohnbau zur Verfügung, was genau die Marschrichtung ist, die wir von Seiten der ÖVP und auch andere Fraktionen,

sage ich einmal, unterstützen wollen und deswegen stimmt das einfach nicht und dann kann ich einfach nur sagen, ok, anscheinend, dann ist die FPÖ gegen Schulausbau und gegen sozialen Wohnbau oder wie auch immer. Du kannst herauskommen und antworten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren auf der ZuhörerInnentribüne! Interessant, ich fange einmal mit diesem Projekt des Schulstandortes an, interessant ist natürlich, natürlich kann das alles zufällig passieren, aber dass genau heute um 11.45 Uhr die Information den Ausschuss erreicht, dass dort das Interesse an der Umsetzung eines Schulstandortes, Ausmaß, Größe, welche Rahmenbedingungen usw. erforderlich, natürlich noch nicht bekannt, das Ganze natürlich auch noch nicht festzumachen. Genau heute erreicht diese Information den Ausschuss. Das hat Ihnen der Kollege Haberler nämlich ein bisschen vorenthalten und deswegen wäre es das Klügste, wir würden heute gar keinen Beschluss fassen, sondern darauf warten, ob man nicht in den nächsten paar Wochen dementsprechende Verdichtung dieser Information von heute Mittag erreichen kann. Aber gut, ich gebe mich keinen Träumen hin. Das zu diesem Thema. Zur Reise um die Welt vom Kollegen Peter Piffli-Percevic, war eh gut, aber du hast wirklich von sehr viel und von rundherum auch sehr viel erzählt und natürlich hast du versucht, deine Zustimmung, eure Zustimmung dementsprechend zu argumentieren. Warum können und werden wir nicht zustimmen? Für uns ist im Bereich des Bebauungsplanes weniger der Haken, so wie es der Kollege Lohr ausgeführt hat, es gibt dort auch die eine oder andere Geschichte. Etwa im Rahmenplan festgeschrieben wäre ein geladener Architekturwettbewerb, ein Gestaltungswettbewerb, der in diesem Sinne so nicht stattgefunden hat für die Linse. Gerade weil dort die Bahnsituation und die Verkehrssituation mit der Unterführung Alte Poststraße direkt an die Linse grenzt, wäre es dort doppelt wichtig gewesen. Es

wäre auch sehr, sehr wichtig gewesen, mehr über zukünftige Nutzungen zu wissen und wo und wie die lokalisiert werden in der ganzen Bebauung. Das alles wissen wir nicht. Kurzum Worst-Case-Situation, wenn dann Wohnungen direkt am Bahnbogen entstehen wer kann das wollen, also ich nicht und deswegen ist dieser Punkt uns etwas zuwenig. Auch die Lärmfreistellung ist nicht wirklich in dem Sinne ausgefallen, dass man damit zufrieden sein könnte, gerade für die Funktion Wohnen. Das einmal, damit es nicht zu lange wird zum Bebauungsplan. Es gäbe noch zwei, drei weitere nicht so wichtige Punkte, die Ausschusmitglieder wissen die Kritiken. Zum Gestaltungs-, Erschließungs- beziehungsweise Mobilitätsvertrag. Hier ist ein ganz wichtiges Momentum, das wir uns einstimmig im Zuge des Beschlusses des Rahmenplanes für Reininghaus gesetzt haben, ein ganz ein wichtiger Eckpfeiler ist hier schon einmal zu 50 % weggestrichen worden. Das ist die Ausprägung des reduzierten Parkens. Das reduzierte Parken findet ja statt dort ausschließlich in Sammelgaragierung, ausschließlich in Sammelgaragierung und nicht in Tiefgaragierung, was heißt das? Ich fahre nicht von meinem Büro, von meiner Wohnung, wo ich eben bin im Stock 2, 3, x, fahre ich nicht ins Kellergeschoß 1 oder 2 und dort ist das Auto, sondern ich verlasse dieses Bauwerk, in dem ich arbeite oder lebe und gehe dann über das Freie optimalerweise mehrere Meter, 100 Meter, zu einer Sammelgarage, um von dort dann das Auto in Betrieb zu setzen und in den Verkehr zu gehen. Das ist hier ein Bruch dessen, was im Rahmenplan die Erreichung eines Modal Splits einer autoarmen Stadt möglich machen hätte können, der für uns essentiell ist, weil an dieser Messlatte, fürchten wir, werden sich alle anderen Bewerber um weitere Bebauungsquartiere oder fast alle anderen Bewerberinnen und Bewerber um weitere Bebauungsquartiere messen. Niemand wird freiwillig oder kaum jemand wird freiwillig über diese Messlatte springen und das ist das Problem, das wir grundsätzlich haben. Daneben noch, wenn man die Verkehrserschließung Reininghaus und die Vorarbeiten und die Konzeptionen dazu anschaut, kommt natürlich, dass wir viel über den Ausbau von höherrangigen Straßen nachdenken, und höheren, in den Ausschuss berichten über Kreuzungsausbauten, über Unterführungsbauwerke, die sich wiederum dann mit der

Belastung der Situation in Don Bosco, Griesplatz ist heute auch schon in der Fragstunde ein Thema gewesen, unter Umständen schlagen, weil wenn ich die Marienhütte unterführe Richtung Josef-Huber-Gasse, dann kann mir niemand erzählen, dass ich es ihm glaube, erzählen kann man mir viel, aber dass ich es ihm glaube, dass dann alle nur links und rechts den Gürtel entlang abbiegen werden und niemand geradeaus Richtung Innenstadt weiterfahren wird, heißt über den Griesplatz. Und das sind die Grundprobleme und, Peter Piffli-Percevic, einmal muss ich dich noch etwas ehren, du hast gesagt, die KPÖ hat mit ihrer textlichen Änderung, mit der ich kein Problem habe, sichergestellt, dass es zur Straßenbahnliniennetzerweiterung im Bereich Reininghaus kommt. Mit der Formulierung, die Stadt Graz bekennt sich zum raschen Ausbau des Straßenbahnliniennetzes insbesondere zur Anbindung von Reininghaus, eine provisorische Busverbindung darf keinesfalls zur Dauerlösung für ganz Reininghaus werden, sichere ich keine Straßenbahn, das ist nur die 422. Erklärung, dass wir eine Straßenbahn wollen. Ich ersuche, nochmals zu überdenken, diesen Stücken zuzustimmen, wir verlieren hier unter Umständen mehr als uns lieb ist. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir haben das Stück natürlich sehr oft diskutiert im Klub, in Gesprächen im Ausschuss usw. Von da her fällt es wirklich schwer, womit beginnen. Zunächst möchte ich einmal an den Stefan Haberler anknüpfen, also ich bin da natürlich sehr froh über das klare Bekenntnis, das du für die ÖVP auch abgegeben hast zum Ausbau des Schulstandortes Graz und natürlich auch für den sozialen und kommunalen Wohnbau bei uns. Wir haben auch festgestellt bei unserer Beschäftigung mit diesem Stück, dass natürlich der Rahmenplan, wie er ursprünglich beschlossen worden ist einstimmig vor mittlerweile

etwas über vier Jahren, mit diesem Bebauungsplan nicht mehr ganz übereinstimmt, nicht ganz eingehalten wird und das war für uns natürlich auch eine sehr kritische Situation in dieser ganzen Debatte. Vor allem, weil ich dabei auch die Befürchtung doch habe, was bedeutet das für die Zukunft, was bedeutet das dann auch für die anderen Quartiere, wenn schon bei diesem sehr wichtigen und wegweisenden, möchte ich fast sagen, Stück und Projekt der Rahmenplan nicht eingehalten wird? Und von daher halte ich es einfach für notwendig, dass man auch darauf achten, dass in Zukunft wir uns sehr nahe oder noch näher wieder am Rahmenplan orientieren, auch wenn natürlich klar ist, wie der Name schon sagt, Rahmenplan, der regelt nicht alles ins Detail, aber gibt doch den groben Rahmen vor und an den wollen wir uns auch halten. Für uns war in der Diskussion jedenfalls sehr wichtig die Frage des öffentlichen Verkehrs, der Verkehrserschließung, von daher danke auch an alle, die dieses neuerliche Bekenntnis, und es stimmt schon, was der Karl Dreisiebner sagt, es ist ein Bekenntnis zur forcierten Herstellung der Straßenbahn in Reininghaus, aber wir wollen das ja auch nicht, dass das irgendwo vergessen wird, sondern im Gegenteil, es ist uns ein wichtiges Anliegen und wir hoffen natürlich auch, dass wir in den nächsten Monaten und Jahren die entsprechenden Beschlüsse dann auch hier im Gemeinderat fassen, dass die Straßenbahn dann dort auch tatsächlich kommt. Kritisch haben wir auch gesehen natürlich die Frage der Bebauungsdichte zum Teil und vor allem auch der Bebauungshöhe in diesem Bereich. Da ist uns natürlich auch irgendwie bewusst, es ist natürlich immer alles sehr widersprüchlich und zweiseitig sozusagen, wenn man nicht eine bestimmte Dichte erreicht in Reininghaus, wird es natürlich schwieriger, für den Straßenbahnausbau zu argumentieren beziehungsweise einen wirklich qualitätsvollen öffentlichen Verkehr dort auch hinzubekommen. Was die Bauhöhen angeht, ist es auch klar, also wenn man von einer bestimmten Dichte, die ja dort 2,0 beträgt, ausgeht, dann hat man natürlich die Möglichkeit, entweder etwas niedriger zu bauen, so wie es im Rahmenplan eben vorgesehen war und dadurch allerdings mitunter wertvolle Grünflächen zu verlieren oder weniger herstellen zu können oder man baut halt, punktuell zumindest, etwas mehr in die Höhe und es gelingt dadurch

eben, einen größeren Grünanteil zu schaffen und von daher haben wir uns, wie gesagt, nicht unkritisch, aber letztendlich doch dazu durchgerungen, diesem Stück die Zustimmung zu erteilen. Dankeschön (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Werter Bürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat, werte ZuhörerInnen! Reininghaus ist, auch an diesem Beispiel schön zu sehen, ein bisschen ein Sinn- und ein Sittenbild von dem, wie in dieser Stadt Politik gemacht wird und deswegen melde ich mich zu Wort. Ich melde mich weniger zu den Inhalten zu Wort als zu dem, was man hier ablesen kann, was das Prozedere anbelangt, bis zu dem Punkt, wo wir heute gelandet sind. Der Peter Piffli-Percevic hat es in seinen emotionalen Einstiegsworten ja schön wieder gezeigt, dass wir in dieser Stadt inzwischen uns daran gewöhnt haben, eine Politik der Überschriften zu machen und der schönen Worte und Titel und auch Reininghaus haben wir jetzt jahrelang mit wunderschönen Attributen versehen und immer wieder uns ganz viel an Ankündigung miteinander bestätigt, was das nicht für eine Chance ist für die großartige Stadtentwicklung, die nämlich zeigt, dass die Zukunft in Graz heute beginnen könnte. Jetzt schaut es aber so aus. Jetzt haben wir mit der konkreten Umsetzungsebene in dieser Stadt, wenn solche vielen Ankündigungen da sind, doch laufend Probleme und hier sieht man sie so deutlich. Und ich will jetzt nicht, ganz dezidiert, nicht die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Ämtern da jetzt hervorziehen, weil die haben ihr Möglichstes getan in dem politischen Rahmen, in dem sie agieren mussten. Es ist so, dass dieser Rahmenplan, also nicht dieser Rahmenplan, sondern dieser Bebauungsplan, wirklich aufgelegt wurde zu einem Zeitpunkt, wonach genug Zeit gewesen wäre, zum Beispiel zwischen einem Verkehrsressort und einem Stadtplanungsressort, rechtzeitig und transparent intensiv Gespräche zu führen. Was ist passiert? Ich bin ja froh, dass der Bürgermeister inzwischen wieder im Gemeinderatssaal ist, weil zuerst habe ich mir gedacht, es ist weder der Verkehrs- noch

der Planungsreferent da, obwohl ein wesentliches Stück diskutiert wird, aber der Bürgermeister ist ja inzwischen wieder da. Es passiert, dass in der letzten Gemeinderatssitzung zwei Tage vorher oder eineinhalb Tage vorher plötzlich die Stücke auf dem Tisch liegen, wo die angeblich fertig verhandelten Verträge, zum Beispiel Mobilitätsvertrag, auf den Tisch geknallt werden mehr oder weniger und die Möglichkeit in Ruhe Reininghaus anhand der Linse, nämlich den Rahmenplan und die Umsetzungsqualität eines Rahmenplanes, zu dem sich hier alle hundertprozentig und vielseitig bekannt haben, wirklich in Ruhe zu erarbeiten, hat eben nicht stattgefunden. Sondern UVP und von all den Dingen, die im Rahmen dessen diskutiert wurden, und ich kann mich noch erinnern und da muss ich sehr wohl den Stadtbaudirektor zitieren, ja und wenn wir dann die Möglichkeiten haben über Bebauungsplanung usw. dann können wir alle Interessen der Stadt auch so sichern, ohne Eigentumsverhältnisse usw. Das heißt, es ist immer vorangeschoben worden und irgendwann kommt dann ganz Knall auf Fall kommen die Ergebnisse und plötzlich heißt es wieder Zeitdruck, jetzt muss beschlossen werden, weil ja die Zeit abläuft für diesen Bebauungsplan und ich frage mich, warum das so ist. Und es hat wohl damit zu tun, dass es auf der politischen Ebene, und das sage ich direkt zum Bürgermeister als Planungsreferenten, aber auch einem Verkehrsreferenten und ganz besonders dem Verkehrsreferenten, weil Reininghaus ein wunderbares Beispiel dafür ist, dass man im Verkehr, wenn man rechtzeitig nicht nachdenkt, riesige Probleme nach sich zieht, dass hier keine Kooperation, keine Zusammenarbeit funktioniert und auch kein Wille da ist, hier politisch mutig und konsequent auf der Umsetzungsebene das umzusetzen, was man den Grazern und Grazerinnen und den zukünftigen Grazern und Grazerinnen jahrelang versprochen hat und das, was hier heute beschlossen wird, ist eben, wie es auch der Kollege von der KPÖ noch einmal gesagt hat, es ist ein Abgehen im ersten Schritt, in einem vielleicht kleinen Schritt. Im ersten Schritt vom Rahmenplan und es heißt für jeden nächsten, der dort hinkommt und dort seinen Willen durchsetzen will, dass er sich darauf berufen kann und dann gibt es dort ein bisschen weniger und dort ein bisschen weniger und am Ende bleibt das Herkömmliche und wir können uns was

Herkömmliches auf so einem Riesen-Areal in einer Stadt, die eine dermaßen große Herausforderung hat, mit dem Wachstum, das sie hat, einfach nicht leisten. Da war einmal vor drei Jahren, vor vier Jahren von einer Öko-Stadt die Rede, von dem ist wirklich heute fast nichts mehr zu sehen. Insofern denke ich mir, sie werden es jetzt beschließen, der Zeitdruck ist wieder einmal hoch genug, aber für die Zukunft lässt das nichts Gutes erwarten, wenn es um Reininghaus, das Musterbeispiel von nachhaltiger Stadtentwicklung, gehen soll (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda:** Ich möchte eigentlich mit ein paar Schlagworten anschließen, die, sage ich einmal, in den Ausschüssen gefallen sind, die heute gefallen sind, die, glaube ich, in Summe Reininghaus beschreiben. Ich habe gehört vom Gestaltungsspielraum, war auch so ein Schlagwort in einem Ausschuss, es war von Mut die Rede, es war die Rede von der Stadt der kurzen Wege, von einem Stadtteil, von Zukunft, von Zeitdruck und dann war jetzt gerade vorher die Rede von 15 Minuten vor dem Beginn der Gemeinderatssitzung. Worauf ich jetzt anspielen will, ist eigentlich was Ähnliches, was ich das letzte Mal schon kritisiere und was ich regelmäßig kritisiere, das ist natürlich diese Kurzfristigkeit der Information. Wie der Kollege Haberler eben vorher gesagt hat, es gibt einen Interessenten, die BIG, die da möglicherweise was Großes daraus machen möchte. Wo man sagt, ok, vielleicht könnte das ein interessanter Standort für ein Schulzentrum sein, universitär interessant und könnte in einer gewissen Art und Weise ein Leuchtturm, sage ich einmal, sicher werden für Reininghaus, jetzt abgesehen von der Bebauungshöhe als Turm, sondern könnte ein Leuchtturmprojekt möglicherweise werden, das dann dementsprechend vielleicht auch interessantere Investoren anzieht. Jetzt muss ich aber sagen, ich bin anscheinend oder hoffentlich auch nicht der Einzige, ist halt ein bisschen kurz, wenn man jetzt da de facto um 11.45 Uhr hört, es gibt einen Interessenten, was Großes, Interessantes zu machen, die BIG, und man hat jetzt einen fertigen Entwurf, einen fertigen Bebauungsplan. Ist halt die Frage, ob man nicht dann

noch einmal in ein Gespräch eingehen sollte, ob man das nicht noch einmal diskutieren sollte, ob man nicht dadurch, durch sich einfach ein wenig Zeit zu lassen, das Ganze zu diskutieren, eine bessere Lösung kriegt und nicht wirklich dann eine Hopp-oder-Tropp-Lösung. Der einer oder andere vermutet es schon, was ich jetzt machen werde, ich würde nach GO-Antrag wiederum, gleich wie beim letzten Mal, § 19 (3), wenn ich es jetzt richtig zitiere, der Geschäftsordnung des Gemeinderates darüber abstimmen wollen, ob der Bebauungsplan für die Linse nicht verschoben werden soll, ob wir den nicht verschieben wollen, um dann noch einmal zu diskutieren, uns auch genauer anzuschauen, was die BIG denn vielleicht auch vorhat. Dankeschön.

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Der Philip hat es auf den Punkt gebracht, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder, liebe ZuhörerInnen auf der Tribüne! Der Bebauungsplan der Linse ist der erste, den wir beschließen. Das ist tatsächlich der Wegweiser. Wir weichen vom Rahmenplan ab, aber jetzt würde ich einmal sachlich das Ganze runterbringen. Wir weichen deswegen ab, weil eine neue Fläche, die vorher als Verkehrsfläche geplant war, plötzlich für die Bebauung möglich ist. Das Ganze entwickelt sich weiter und auf dieser Fläche werden nun statt fünf bis sechs Geschoßen 15 Geschoße gebaut, das ist richtig. Aber auf dieser Fläche ist auch genau die Linie der Esplanade, wo wir 19 Stockwerke auch im Rahmenplan drinnen haben. Also man muss schon auch die Emotionen da rauslassen, das ist eine eigentlich sogar logische Weiterführung, aber wir sollen uns trotzdem, und gerade beim ersten Bebauungsplan sehr streng daran halten, und sehr streng halten wir uns nicht, wenn es um die Verkehrslösungen geht, da gebe ich auch der Stadträtin Rücker Recht. Es ist jetzt so, das Hauptproblem, und da gebe ich jetzt dem Philip genau Recht, ist diese kurzfristige Information. 11.45 Uhr bekommen wir Informationen, die, wenn wir sie vorher gehabt hätten, die komplette Diskussion auf eine andere Ebene gebracht hätte. Daher ist es nicht unspannend zu sagen, schauen wir uns das noch einmal an, denn wenn das

wirklich ein Schulzentrum wird, stellt sich auch die Frage, ob nicht die Bebauungsdichte sogar noch höher sein kann als 2,0 und somit die Bebauung sogar besser genutzt werden kann. Möglicherweise ist es sogar besser. Nur bitte nicht um 11.45 Uhr, bitte nicht zwei Stunden vor dem Ausschuss die Informationen, dann tun wir uns alle im Ausschuss viel leichter mit unseren Entscheidungen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte zuerst auch die Persönlichkeiten auf der ZuhörerInnengalerie darum ersuchen, nicht zu fotografieren, den Gemeinderat zu fotografieren, bitte ich vorweg uns, wenn Sie das wollen, uns zu informieren, weil alle Gemeinderatsmitglieder und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier nicht zwischendurch einfach immer abgelichtet werden möchten. Das wäre die Bitte, das zu unterlassen oder vorher darum anzusuchen. Jetzt darf ich mich vielleicht auch als Planungsreferent, dem das Thema Reininghaus seit langer Zeit sehr am Herzen brennt, der sehr viel Zeit dafür aufwendet gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu Wort melden. Zuerst stelle ich einmal fest, dass es für mich heute sehr, sehr traurig ist und das letzte Mal schon traurig war, dass diese gemeinsame Vorgangsweise, diese einstimmigen Beschlüsse zum Thema Reininghaus von manchen, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr so mitgetragen werden wollen. Ich muss schon schmunzeln, wenn wir nach der letzten Debatte, die wir gehabt haben vor einem Monat, dass es zu kurzfristig ist, jetzt auf einmal wieder heißt, wir kriegen immer so spät die Informationen. Sie haben jetzt wochenlang, es hat sich nichts geändert mit Ausnahme einer Botschaft, die ich seit ein paar Tagen verkünden kann und das ist die Botschaft, dass die Bundesimmobiliengesellschaft an eine Grundstücksbevorratung denkt. Ich habe es heute schon einmal gesagt, Gott sei Dank, diese Bundesimmobiliengesellschaft wird in wenigen Jahren zeitversetzt nach unseren Schulausbauten in spätestens sieben Jahren 250 bis 300 Kinder mehr in ihre Gymnasien und Mittelschulen unterzubringen haben. Darauf habe ich sie aufmerksam gemacht,

ich würde mir ja wünschen, dass viele hier im Gemeinderatssaal und viele Kollegen auch in der Regierung sich auch bemühen und einmal Gespräche führen mit Institutionen, mit Bauträgern, mit Genossenschaften. Seit drei Jahrzehnten hat die Stadt Graz es nicht zustande gebracht, eine so große frei werdende Fläche professionell zu betreuen und Frau Lisa Rücker, Frau Stadträtin, wenn Sie heute sich da herstellen und jetzt sagen, es bleibt von Reininghaus und vom Gedanken nichts mehr über, möchte ich Ihnen eines deutlich sagen, wir sind auch heute fachlich von all den Beschlüssen, einstimmigen Beschlüssen, des Rahmenplanes Reininghaus nicht abgewichen. Es sind keine Baudichten damals dort festgelegt worden, es braucht keiner Sorge haben, dass die Ökostadt Graz unter die Räder kommen, das ist Vorzeigestadtteil und wird es bleiben. Es wird eine Neustadt sein, in der ich mit Ihnen, sofern mir meine Gesundheit erhalten bleibt, in einem Jahrzehnt es eine Freude sein wird, dort durchzugehen, wenn ich allein an den Wettbewerb denke, den wir jetzt mit dem Herrn Erber gemacht haben. Das ist etwas, da wird der Strom der Architektinnen und Architekten in die Stadt Graz nicht abreißen. Wir suchen dauernd einen USP, wir werden einen Architekturtourismus nach Graz bekommen und ich kann Ihnen schon sagen, pro Holz schafft es im Moment nicht einmal, alle ArchitektInnen und Architekturbegeisterten im Moment pro Woche zu führen, weil es uns gelungen ist, im hinteren Teil von Reininghaus, gehört ja auch zum Rahmenplan, in der Hummelkaserne und auch das Grundstück vis a vis mit den Aktiv-Klima-Ausbauten etc. in der Holzbauweise so aufzufallen, dass aus der ganzen Welt schon die Menschen kommen und sich das anschauen. Das ist unser Wohnprojekt, das ist unser Projekt mit den Geriatrischen Gesundheitszentren, da ist hinter dem Sparmarkt und dem Betreuten Wohnen erstmals mehrgeschossiger Holzbau, das sind doch alles Träume gewesen, die gerade Wirklichkeit werden. Und wenn ich mich darum bemüht habe, die Bundesimmobiliengesellschaft aufmerksam zu machen, dass es jetzt bald keine Grundstücke mehr in Graz geben wird, haben sie ein Interesse daran. Sie haben mir nur mitteilt, ich habe mit ihnen auch telefoniert, sie haben mir auch geschrieben, sie hätten jetzt gerne Lust, mit uns darüber zu reden, was sie mit uns entwickeln könnten

dort und da gibt es viele Möglichkeiten, mehr ist es nicht. Aber ich freue mich, dass die Bundesimmobiliengesellschaft, und damit wir als Österreicherinnen und Österreicher, vielleicht dort etwas entwickeln können. Ich habe genau zugehört und möchte es sagen, Herr Dreisiebner, Sie haben gesagt, Herr Gemeinderat, wenn wir das beschließen, haben sie Angst, dass wir etwas verlieren mit dem Beschluss. Ich sehe es genau umgekehrt, wenn wir es nicht beschließen, habe ich Angst, dass wir was verlieren. Dass wir nämlich allen wieder signalisieren, wir sind uns eh nicht einig, da gibt es eh keine Mehrheiten. Auch die ganze Mär, es wird keine Straßenbahn geben, ja, ich bin mit der Geschwindigkeit der Planungen und der Umsetzung zu dieser Straßenbahnlinie oder zu beiden in dem Fall überhaupt nicht zufrieden. Wir haben gemeinsam eine Pressekonferenz gegeben, wo wir gesagt haben, es wird schwer werden, den Menschen ununterbrochen vorzumachen, wir könnten alleine diesen öffentlichen Verkehr stemmen. Es reagiert Bund nicht, ist nett geschrieben worden auch in der Kleinen Zeitung, Bund und Land reagieren nicht einmal mit einem Ohrwaschel, interessanterweise habe ich von überhaupt keiner Fraktion auf Landes- und Bundesebene Reaktion darauf erfahren. Traurig genug, wir haben uns gemeinsam hingesezt und haben gesagt, das geht nicht. Aber ich weiß schon wie oft in den letzten zwei Jahrzehnten da herinnen gesagt wurde, das funktioniert nicht. Zu dem, was haben Sie gesagt, Frau Lisa Rücker, Sie haben gesagt, es ist die Stadt der Überschriften. Ja, ja, ich habe mir heute auch genau angeschaut, welche Baustellen offen bleiben nach der großartigen Zeugnisverteilung von fünf Journalistinnen und Journalisten wieder über uns. Ich habe mir schon überlegt, ob wir das jetzt auch einmal umgekehrt machen dürfen. Wir hätten schön langsam Lust einmal dazu (*Applaus ÖVP*) und wir müssen keine Nachprüfungen machen, wie die Kollegin Kahr sagt, es ist schon einmal wunderbar. Es waren ja Gott sei Dank nicht einmal Qualifikationsprüfungen dabei, aber ich habe mir sehr genau angesehen, was denn an sogenannten Baustellen übrigbleibt. Da wird eine Eishalle genannt, ich kann ihnen sagen, wir sind jetzt mit unseren Überlegungen soweit, gestern mit dem Herrn Landeshauptmann am Rande der Industriellenvereinigungs-Sommorgespräche bereits ausgemacht, dass wir uns jetzt

über den Sommer treffen werden, der Herr Bundesminister Klug ist informiert, da hat keiner geschlafen, das ist noch eine offene Baustelle und zwar dann, wenn uns Bund und Land im Stich lassen sollten, dann können wir nicht die Variante A und Variante B, die wir jetzt einmal fertig in den Planungsüberlegungen haben, sein. Die zweite Baustelle, die offen ist und offen bleiben wird, gehe ich auch gerne an, das ist der öffentliche Verkehr, aber da waren wir nicht mit Überschriften unterwegs, liebe Frau Lisa Rücker, weder Sie...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Moment, kommt ja noch, ich habe ja nichts vergessen, aber ich bin jetzt bei den Straßenbahnen, bei den Radwegen, bei all dem, was wir im öffentlichen Verkehr umgesetzt haben. Sie werden ja Ihre Arbeit nicht schmälern wollen, aber ich möchte auch wieder daran erinnern, was der heute abwesende, nämlich dienstlich abwesende Gerhard Rüscher auch zusammengebracht hat mit Straßenbahnen, wo da herinnen mir viele erklärt haben, niemals möglich. Ich will gar nicht an die faulen Eier zum 6er denken, die er abgekriegt hat damals mit dem Kollegen Riedler, direkt auf den Anzug. Was da alles nicht geht und das, was ich mir wünsche, ist, dass in der Politik endlich wieder etwas einkehrt, was die Menschen da draußen von uns eh wollen, Zuversicht. Ich würde es dramatisch finden, wenn wir den Beschluss nicht fassen, weil dann würde uns wirklich etwas fehlen, dann hätten wir nämlich nicht diesen Wettbewerb mit Wien, mit Aspang, die haben ja die gleichen Probleme, so einfach ist es ja nicht, einen ganzen Stadtteil zu bauen. Dann hätten wir nicht die Debatten über Arbeitslosigkeit, weil eines vergessen wir auch immer, wenn allein der Erber bereit ist, 170 Millionen auf dem kleinen ersten Quartier zu investieren, das sind doch Menschen, die damit Arbeit haben. Das wünsche ich mir, dass wir darüber diskutieren, nicht

nachher da herinnen einen dringlichen Antrag und eine Petition stellen, dass man dringend was gegen Arbeitslosigkeit tun wollen, da können wir es tun, unmittelbar tun. Ich sehe da das Kopfschütteln der KPÖ, aber mir würde das halt gefallen. Also wir hätten da nicht so tolle Architektur, das was allein beim Wettbewerb des Herrn Erber herausgekommen ist, so kenne ich keinen Stadtteil in Österreich und wenig in Europa und das ist das, was ich mir für Graz wünschen würde. Jetzt komme ich zur Gondel, ich erwähne das sicher gerne, ich hoffe, dass von Seiten der Holding dann einmal konkrete Unterlagen da sind, dass man darüber genauer reden können. Wir wissen alle, dass wir mit dieser einen Ebene nicht das Auslangen finden werden, das wissen wir, bei jeder Debatte nachdenken über was Neues ist verboten, wird auch keine Überschrift werden. Weil ich es für das Protokoll gerne hätte, wenn ich manchmal da draußen bin, weil ich die eine oder andere Pause brauche oder weil da draußen wieder Arbeit wieder auf mich wartet und manchmal das Chaos geordnet werden muss, das so zwischendurch auch entsteht, dann braucht mir niemand herinnen ausrichten, dass ich nicht im Gemeinderatssaal bin, sobald ich kann, komme ich wieder herein und wenn das sogar RegierungskollegInnen auf der Regierungsbank tun, dann möchte ich sagen, ich fühle mich manchmal auf dieser Bank den ganzen Tag über auch ziemlich alleine gelassen, da sind mache länger draußen, als ich es bin (*Applaus ÖVP*). Dieser Rahmenplan wird durch diesen Beschluss keinesfalls verletzt. Er wird nicht verletzt, das können alle da behaupten, ich kann nur darauf verweisen, ich will es gar nicht wieder ausführen, was der Baudirektor, unser Stadtplanungschef im Ausschuss lange genug versucht hat zu erklären und wir können über die eine oder andere Gebäudehöhe noch diskutieren, ich glaube, dass im Rahmen der Beschlussfassung eine Baugenehmigung, die dann eh auch noch gebraucht werden, das eine oder andere auch wieder anders ausschauen wird, weil es unterschiedliche Nutzungszwecke geben wird, ganz einfach. Weil ja heute im Vorfeld wir nichts anderes tun, als etwas einmal ermöglichen und auch die ganze Thematik, ich meine, wir haben heute die UN-Konvention, ich möchte das da im Gemeinderatssaal sagen, wir haben die UN-Konvention heute uns vorgenommen, wir wollen im Behindertenbereich diese

UN-Konvention einhalten, wir möchten ein Maßnahmenbündel daraus machen. Da gibt es jetzt einen Widerspruch, liebe grüne Fraktion, auf der einen Seite haben wir gesagt, ich glaube, Sie erst kürzlich wörtlich zu mir, es wäre so toll, wenn die Garagen da sind, die Leute, die dort wohnen, müssen mindestens so schwer zu ihrem Auto kommen, ich hoffe, dass ich jetzt nichts Falsches sage, wie zu ihrem Fahrrad oder zur nächsten öffentlichen Bus- oder Straßenbahnhaltestelle. Also wir müssen die Menschen quasi hinzwingen, dass es beschwerlicher wird, dorthin zu kommen. Da gibt es aber Menschen, wie zum Beispiel Behinderte, das wird auch Mütter mit Kinderwägen geben, die keine Freude haben, wenn sie nicht direkt in die Garage, die unterhalb ist, runterkönnen, sondern dass sie extra hinausgeschickt werden, weil die Grünen das für richtig halten und dann mit einem anderen Lift oder mit einer anderen Stiege dort wieder runterkommen. Bei jeder Wetterlage. Deswegen haben wir einen Kompromiss gefunden, der gesagt hat, gehen wir einmal auf 50 % der Überlegungen, weil es könnten ja ein paar Häuser direkt draufstehen, da versteht kein Mensch auf der Welt, wieso ich hinaus muss, um wieder hineinzukommen. Es gibt gemeinsame Anlagen, die haben wir ja in Graz auch schon, aber ich denke jetzt auch an behinderte Menschen und mit 50 % werden wir auskommen und wenn wir gerade in der Linse vielleicht wirklich eines Tages die Bundesimmobiliengesellschaft als Partner haben werden, dann werden dort vielleicht Dinge errichtet werden, wo ich die Garagen überhaupt nicht brauche. Weil wer sagt denn, dass dort ein Studentenheim ist, dass dort die Fachhochschule noch steht, dann brauche ich diese Parkplätze ja gar nicht. Und das haben wir jetzt alles ausverhandelt und zwar zäh und ich habe die letzten Tage wirklich auch bei mir manchmal, ich habe wirklich manchmal den Kopf schütteln müssen, weil da Dinge gesagt wurden, auch im Ausschuss, zumindest wurde es mir dann so berichtet, wo wir gesagt haben, ja bei diesen Mobilitätsvereinbarungen gehen wir ja eh gerne mit, aber andererseits beim Rahmenplan aus den und den Gründen nicht. Also wenn wir das heute zusammengebracht hätten, vielleicht einen fast einstimmigen Beschluss beim Mobilitätsvertrag und dann keinen Rahmenplan, dann muss ich ganz ehrlich sagen, dann wäre diese extreme Arbeit, die unsere

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemacht haben, wo wir die Dinge, die Sie sich wünschen ökologisch und die uns alle architektonisch usw., wo wir das verbrieft haben auch im Mobilitätsvertrag, ich kann doch nicht ernsthaft dann sagen, das beschließe ich nicht, da habe ich die Welt nicht mehr verstanden. Nämlich einem Investor oder einem Grundeigentümer, der ein Recht auf einen Bebauungsplan hat, zu sagen, zuerst reden wir mit dir im Sinne von Vertragswidmungen, wie das gehen soll und dann fordern wir von dir das alles ein, was du bereit bist zu geben und dafür kriegst eh einen Bebauungsplan und dann sagen wir, nein, du bringe das bitte alles ein, da hätten wir einen Mobilitätsvertrag und auf der anderen Seite kriegst aber nicht mehr einen Bebauungsplan. Das würde ja sowieso keiner einhalten und dann hätten wir schon was Lustiges, irgendwann müssen wir einen Bebauungsplan machen, es gibt einen Rechtsanspruch darauf und dann kriege ich keinen Mobilitätsvertrag. Also das Wesen der Vertragswidmung, über die wir als neues Instrument reden, hätten wir ad absurdum geführt, es wird keinen Partner geben, der uns noch einmal vertraut. Und das ist das, was mir so besonders weh tut, wenn ich heute ein paar nicht dabei haben werde und mich so besonders freut, dass ein paar Wort halten und sagen, ja, das Reininghaus muss ein neuer Stadtteil werden, den die ganze Welt sich zumindest anschauen will, aber in dem Menschen auch mit Begeisterung leben wollen. Und dieses Plädoyer und dieses Statement habe ich jetzt halten müssen, weil da geht so viel Herzblut, so viel Schweiß, so viel Hirnschmalz hinein von so vielen Menschen, von Anwälten, von unseren ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ich möchte einfach nicht haben, dass man wieder von vorne anfangen, dass uns Menschen wieder nicht vertrauen. Die wichtigste Geschichte, der Grund des Erfolges von Reininghaus wird darin liegen, ob es mir gelingt, möglichst viele im Boot zu behalten, bis das umgesetzt wird. Und ich weiß auch und ich fühle es manches Mal auch, dass manche sagen, es darf halt nicht gelingen, weil das ist schon ein sehr stark vom Herrn Nagl gezogenes Projekt. Auch das gibt es.

Zwischenruf StR.in Rücker: Das ist eine Unterstellung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich will nicht alle da hineintun, aber ich weiß es von einigen und ich weiß auch, wie einige unzufrieden sind mit dem, dass sie heute hier dagegen stimmen müssen, weil sie es uns gesagt haben. Es tut ein paar wirklich weh, dass sie so eine Haltung einnehmen müssen und, geschätzter Kollege Dreisiebner, wir sind während der letzten Gemeinderatssitzung bei mir im Büro gesessen und ich habe gefragt, ob wir das durchziehen sollen oder nicht. Sie haben damals gesagt, Sie werden sich noch einmal, ich sage es Ihnen, so wie ich es verstanden habe und viele von mir im Büro, Sie werden das nächste Mal dabei sein und jetzt sind Sie nicht dabei. Und mir tut das richtig weh, weil ich Sie auch als Experte kenne. Auch wenn Sie vielleicht gemeint haben, Sie wollen dabei sein, dass es auf die Tagesordnung kommt, so schwer ist es nicht, weil das wäre sowieso gegangen. Aber mir tut es weh, weil Sie sind jemand, mit dem man gerade im Planungsbereich wirklich guten Dialog finden kann und jetzt verstehe ich heute überhaupt nicht, dass gerade die grüne Fraktion da nicht mehr dabei ist. Das ist im Übrigen eines der schwersten Grundstücke überhaupt in dem ganzen Areal, eingebettet eh in den Verkehr. Da haben wir noch viel zu lösen, Verlegung von Haltestelle, S-Bahn und, und, und. Wird uns auch gelingen. Je mehr wir den Bund ins Boot kriegen, umso leichter wird es uns gelingen. Ich habe nichts anderes getan, als den Versuch unternommen, dass wir Partner finden und die, ich würde so gerne einmal von Ihnen hören, von Gemeinderäten, von Regierern, ich habe jetzt auch wen gefunden. Ich kenne auch wen. Ich habe einen Zugang zu der Genossenschaft, zu dem Investor, der möchte sich daran auch beteiligen. Wir haben jetzt schon sehr viele Investoren, die haben sich das erste Mal getroffen, sieben von neun oder zehn gibt es. Es gibt viele Fleißige, die unterwegs sind, die daran glauben, dass aus dem was wird. Und ich wünsche mir möglichst eine breite Zustimmung und denken Sie, ich sage das

jetzt umgekehrt, wie es die Frau Rücker gesagt hat oder der Herr Dreisiebner, denken Sie einmal dran, was passiert, wenn wir es wieder einmal nicht tun. Weil da sind die Zeitungen auch gleich wieder voll und dann heißt die Überschrift wieder: Streiterei in Graz und es geht eh nichts weiter.

Reininghaus ist für diese Stadt eine Superchance und Reininghaus wird von Menschen bewohnt werden, die uns einmal dankbar sind, dass wir diese Beschlüsse gefasst haben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Herr Bürgermeister, ich halte mich kurz. Zu dem Gespräch, das kurz vor der Gemeinderatssitzung am 12. Juni stattgefunden hat in Ihrem Büro unter Anwesenheit weiterer Mitarbeiter von Ihnen und mir. Es ging damals darum, dass der Mobilitätsvertrag, der durch die Zurückziehung des Verkehrsausschusses seitens des zuständigen Stadtrates Mag. Eustacchio nicht weiter verhandelt werden konnte und zu dem Prozedere bin ich auch gestanden, weil mir die Ausschussarbeit wichtig ist. Wir dann darüber gesprochen haben, wenn es wiederum passiert, dass kein Verkehrsausschuss stattfindet, dass ein Stück abgesetzt wird oder ähnliches Vergleichbares dann würde ich auch den Schritt tun und sagen, dann machen wir das ohne den Ausschuss. Wir haben damals nicht, zumindest in diesem Zusammenhang, nicht über den Mobilitätsvertrag und unsere Haltung dazu gesprochen. Und jetzt noch ganz kurz zu Haltung Bebauungsplan, Haltung Mobilitätsvertrag, Rahmenplan. Beim Bebauungsplan habe ich eingangs gesagt, Sie waren nicht im Raum, im Saal, Herr Bürgermeister, aber Sie haben zugehört, haben Sie gesagt, da gibt es nicht so große Bedenken von unserer Seite. Wir haben jetzt nicht das Problem mit der Höhenentwicklung, mit der Anordnung von Baukörpern usw. es gibt ein paar Themen, die man kritisch anschaut. Das Problem haben wir mit einem für uns ganz wichtigen Eckpunkt des Rahmenplanes, der hier zu 50 % außer Kraft gesetzt wird, das ist die Sammelgaragengeschichte und die Sammelgaragengeschichte ist aus meiner Sicht

heraus kein Ausschließungsgrund für Menschen, die älter sind, die behindert sind, das wäre ja dann praktisch auch so, dass jeder ältere Menschen keinen Bus und keine Straßenbahn erreichen kann, es ist ja mit Liften, mit Abgängen, Abfahrten oder wie auch immer das dann baulich geregelt wird, natürlich behindertengerecht einzurichten eine solche Sammelgarage. Das Einzige ist, sie findet nicht unter dem Haus statt. Das Einzige ist, ich steige nicht in den Lift, drücke auf einen Knopf, steige aus und bin beim Auto. Das ist das Einzige, was der Unterschied ist und so leben tausende und abertausende Menschen, gerade in den ersten sechs Innenstadtbezirken, minus Lift, das Auto ist in keiner Sammelgarage, sondern irgendwo in der blauen Zone unter Umständen und trotzdem ist das Leben machbar für Menschen jüngeren Alters, älteren Alters, ob sie zwei Kinder haben, zwei Bierkisten, weil Fußballer und Freunde, was auch immer, das Leben ist machbar und ich glaube, wenn man diesem Bild folgt, dann verlangt man den Menschen nicht was ab, sondern man eröffnet ihnen Chancen. Auch der KPÖ möchte ich eines schon sagen, es eröffnet dem leistbaren Wohnen mehr Chancen, kein Auto halten zu müssen, sondern es teilen zu können, es sharen zu können usw. Andere Möglichkeiten der Mobilität zu haben, das macht das Leben leistbarer als neuwertiges Auto, das mehr oder weniger oft in Betrieb gesetzt wird mit allen Fixkosten, dabei zuzuschauen, wie das Auto weniger wert wird, das ist ein Schlüssel, wie man zum Beispiel in billigeres Wohnen einsteigen kann und das wäre in Reininghaus gerade auch für diese Menschen möglich gewesen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Dreisiebner, das wird Ihnen beim Durchlesen des Protokolls dann, glaube ich, selber wirklich extrem wehtun zu vergleichen, dass die historisch gewachsenen Innenstadtbezirke, die Menschen, die dort wohnen, gewaltige Probleme haben zu vergleichen mit dem, was wir jetzt neu bauen. Das hat es halt nicht gegeben, deswegen leben wir auch so, aber das Wichtige ist doch, dass die Autos unter

der Erde sind und wenn ich direkt drüber bin, dann muss ich extra wieder hinaus, das versteht kein Mensch und das will ich da einfach sagen, es wird welche geben, wo du eh raus musst, 50 %...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das stimmt nicht, wir wollen keine Autos auf der Oberfläche haben und die werden unterirdisch sein, aber wenn ich drüber eine Wohnung baue, dann will ich hinunterfahren und muss nicht extra hinausrennen. Das versteht kein Mensch.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, Sie wollen damit, wie die Grünen halt manchmal halt so sind, klar und deutlich wieder aufzeigen, es muss jeder mit Schwierigkeiten rechnen, wenn man ein anderes Modell hat als Sie und das wären vor allem behinderte Menschen und ältere Menschen, zum Teil würden sie es nicht verstehen und diese Möglichkeit ist eröffnet.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Bürgermeister hat uns jetzt vor Augen geführt, wie leicht alles sein kann und wie schwer wir ihm das machen. Aber, Herr Bürgermeister, es ist einmal das Wesen einer Demokratie oder im Wesen der Demokratie so, dass man Dinge kritisch hinterfragen kann und muss, danach darüber abstimmt und dann gibt es Mehrheiten oder keine, auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen, die wir eben unsere kritischen Anmerkungen haben. Und diese kritischen Anmerkungen kommen ja nicht von irgendwo her, sondern die sind ja sehr fundiert und jetzt beziehe ich mich einmal auf das, was du gerade vorher gesagt hast, was nicht stattfindet, nämlich eine erhöhte oder eine Ausnützung einer Dichteerhöhung, das findet sehr wohl statt, das findet nämlich gerade im Bereich der Linse statt, dass hier eine Bebauungsdichte in einem höheren Ausmaß, als ursprünglich geplant, in Anspruch genommen wird.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Das stimmt nicht.

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Das stimmt, ist wurscht, und die Gefahr, die ich hier sehe und auch als verantwortlicher Stadtrat für den Verkehr ist diejenige, dass aus dieser Bebauungsdichte heraus auch andere das in Anspruch nehmen werden, weil wir sonst eine Ungleichbehandlung hätten. Das heißt, da sind wir wieder bei den juristischen Spitzfindigkeiten, die wir alle im Vorfeld jetzt noch nicht wirklich beantworten können, auch was die Verträge anbelangt, und wenn dann diese Dichteausnützung stattfindet, dann passt das ganze Verkehrskonzept hinten und vorne nicht zusammen. Und davor warnen wir und da stellen wir die Fragen und da haben wir bis jetzt noch nicht genügend Antworten bekommen, die uns zufriedenstellen. Und es kann, und da stimme ich ja dem Kollegen Pacanda dann zu, nicht sein, dass immer wieder sehr

kurzfristig sehr komplexe Vertragswerke und Bebauungspläne ausgeschickt werden und dann erwartet man, dass man innerhalb von wenigen Tagen das abstimmt. Der Umstand, dass wir das abgesetzt haben, hat ja erst bewegt, dass wir neuerlich darüber diskutieren können. Ich war aber sehr verwundert, dass man auch von deiner Seite oder von Seiten der Stadtplanung nicht es der Mühe wert gefunden hat zu sagen, jetzt lade ich einmal alle ein und jetzt sollen alle Fragen stellen, die da kritisch sind. Es hat erst dann stattgefunden, wie ich am Mittwoch in meiner Abteilungsvorstandsbesprechung gesagt habe und angeregt habe, bitteschön macht das doch, sonst haben wir wieder das gleiche Bahö wie beim letzten Mal dann. Es ist erfolgt, dann sind die Fragen gestellt worden, aber auch wieder nicht ausreichend beantwortet worden und das ist einmal zur Kenntnis zu nehmen und es ist immer wieder, und da klingen die Alarmglocken, wenn die ÖVP glaubt, sie kann auf kurzem Weg was durchpeitschen, dass wir hier aufpassen müssen, weil wir auch aus der Vergangenheit gelernt haben, dass hier sehr wohl hintenherum gemauschelt wurde und das wollen wir für die Zukunft vermeiden und wir stehen selbstverständlich zu diesem wichtigen Projekt Reininghaus und wollen das bebaut wissen und wollen es ordentlich machen. Und dazu braucht man auch die notwendige Zeit und die Fragen, die wir gestellt haben, auch beantwortet zu bekommen. Das ist unser Zugang und wenn man da hierher geht, so wie du es machst, jetzt gibt es die Guten und die Bösen, die Guten sind dafür, weil die anderen sind ja gegen Reininghaus, dann ist das unzulässig (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eigentlich nicht vorgehabt, dass ich mich zu diesem Thema zu Wort melde, aber die Diskussion hat jetzt, das juckt mich ganz einfach. Und zwar, ich denke, es wird immer mit zwei Paar verschiedenen Schuhen gemessen, und wenn ich jetzt gerade die Grünen und gerade die FPÖ hernehme. Wir haben da in der Vergangenheit Bebauungspläne gehabt, wo ich mir

denke, wo wirklich kurzfristig und wo einfach drübergefahren ist und beschlossen worden ist und wo diese ganzen Dinge keine Rolle gespielt haben. Ich sage jetzt nur in dem Zusammenhang GreenCity, wie war das da? Wir haben uns jetzt da ganz bewusst entschlossen, dem zuzustimmen, weil es a) hier eine Bebauungsplanung gibt, bevor noch ganz klar feststeht, welcher Investor dort ist, weil es war auch mit ein Teil dieses Rahmenplanes und aus dem Grund haben wir dem Rahmenplan auch zugestimmt, dass es geheißen hat, über den Bebauungsplan kann die Stadtplanung hier noch Einfluss nehmen. Wenn hier ein Investor vor der Türe steht und ganz genau sagt, was er will, dann ist der Gemeinderat immer im Zugzwang, das heißt, dann besteht die Gefahr, dass hier etwas entsteht, was wir nicht wollen, ist meiner Meinung nach noch wesentlich größer. Zum Kollegen Dreisiebner, also das mit der Garage das finde ich irgendwie ein bisschen witzig, weil ich denke mir, gerade ihr seid immer für den Grünraum, ich denke, wenn eine Garage unter einem Gebäude ist, dann habe ich einfach mehr Platz neben dem Gebäude noch, dass ich auch dort Bäume pflanzen kann, bei einer Garage unterirdisch, völlig wurscht, ob eine Sammelgarage oder eine andere ist, dann habe ich hier Grünland sozusagen verprasst in Wirklichkeit, weil auf einer Tiefgarage kann ich maximal ein kleines Sträucherl pflanzen, aber keinen schönen Baum mehr (*Applaus KPÖ*), und das sind so viele Argumente, wo ich eigentlich dieser ganzen Diskussion nicht mehr folgen kann. Und ein weiterer Punkt ist, ich kann heute, wir leben in einer Stadt, wir haben dieses Verkehrssystem noch immer nicht hier, auch wenn wir uns das alle wünschen, dass alle Bedürfnisse mit dem öffentlichen Verkehr abgedeckt werden können. Wir haben Menschen, die brauchen aus beruflichen Gründen das Auto, es sind Menschen, die eben nicht so leicht verzichten können auf das, das heißt aber jetzt nicht, dass wir den Autoverkehr forcieren, aber es ist ein Fakt und ich glaube nicht daran, dass es einen ganzen Stadtteil geben wird, wo 12.000 Menschen kein Auto benutzen. Also ich glaube, das ist ein Märchen und auf das können wir uns nicht einlassen, wir sollten mit einem guten öffentlichen Verkehr, der vorab besteht, das heißt, der gewährleistet ist, dass dieser öffentliche Verkehr auch dort stattfindet, wenn gebaut wird. Das finde ich, das ist wahrscheinlich die einzig wirkliche

Lösung um hier das Verkehrsproblem vorab in den Griff zu bekommen. Danke (*Applaus ÖVP, KPÖ und SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Warum fällt mir heute der Paul Watzlawick die ganze Zeit ein. Der Paul Watzlawick hat unter anderem gesagt, man hört immer genau das, was man hören will und bei dieser Diskussion über die Sammelgaragen, und deswegen muss ich mich jetzt noch einmal melden, treffen wir des Pudels Kern. Und, Herr Bürgermeister, ich bin auch enttäuscht, ich bin wirklich enttäuscht, dass wir fast fünf Jahre miteinander intensivst gearbeitet und vor allem diskutiert haben nämlich über Mobilität in der Stadt und dass es trotzdem nicht gelungen zu sein scheint, darüber ein Einverständnis zu erzielen, was wir jeweils zum Thema Mobilität in der Stadt denken. Wenn jetzt die Ina Bergmann, tut mir leid, hergeht und die Grünen nach wie vor bewusst oder unbewusst so missversteht, dass wir von Reininghaus als einem Bezirk oder einem Stadtteil gesprochen hätten jemals, in dem kein Auto fährt und in dem keiner ein Auto besitzen darf, dann ist das eine bewusste Verlängerung eines Missverständnisses, das natürlich politisch einfach wunderbar nutzbar ist (*Applaus Grüne*). Aber wir haben doch bei dem Thema Sammelgarage, man braucht nicht so weit fahren, man braucht nur ein bisschen über die Grenze von Österreich, aber auch in Wien gibt es inzwischen die Beispiele, es geht nicht darum, den Menschen erst zu verbieten, ein Auto zu besitzen, um das geht es den Grünen nicht, es geht den Grünen auch nicht darum, den Menschen zu verbieten, ihr Auto dort abzustellen, dass es einigermaßen erreichbar ist. Es geht aber trotzdem darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass es leichter ist und dass es einfacher ist, eine Alternative zu benutzen für jene, die sie benutzen können und wir wissen bei dem Verkehrsaufkommen, was den Autoverkehr anbelangt in dieser Stadt, dass es einen Teil von Menschen gibt, ja, die werden ihr Auto brauchen, ob sie mobilitätseingeschränkt sind, ob sie einen Beruf haben, wo sie das Auto brauchen, weil sie aus welchen Gründen immer und wenn es die Lieferverpflichtungen sind oder dass

man Kinder transportiert, ja, das wird immer ein Teil sein. Aber es wird einen großen Teil geben und wenn man sich die Daten der Stadt Graz anschaut, wofür die GrazerInnen innerhalb von einem Kilometer, von drei Kilometern immer noch sehr massiv und oft alleine ein Fahrzeug verwenden, dass wissen wir, dass da noch ein hohes Potential ist, wenn diese Menschen eine Möglichkeit haben, das Auto gut abzustellen und dann zu benutzen, wenn sie es tatsächlich brauchen und den Rest der Zeit, und so habe ich es gesagt, Bürgermeister, Herr Bürgermeister, so habe ich das damals gesagt. Ich habe gesagt, sehr flapsig formuliert habe ich gesagt, es ist doch besser, wenn die Menschen beim Rausgehen aus der Tür zuerst über den Fahrradständer stolpern, so habe ich das gesagt, und ich weiß, warum Sie sich darüber auch ein bisschen aufgeregt haben, als dass sie direkt von oben bis unten durch in die Garage fahren und nichts einfacher ist, als gleich das Auto wieder zu verwenden und niemals in der Umgebung sich überhaupt nur zu bewegen. Das heißt, die Sammelgarage hat nicht den Zweck, Parkhäuser zu bauen irgendwohin, sondern eine gezielte, am Rand der Siedlung angeordnete Parkfläche zu haben, die unterirdisch ist natürlich, aber nicht das klassische Prinzip, ich komme nie in die Freifläche, sondern das Auto ist der erste Weg, den ich verwende. Und wenn wir weiterhin so denken, und das ist das, wo wir uns unterscheiden, Herr Bürgermeister, die ÖVP, aber natürlich besonders die FPÖ, dass das Denken auf vier Rädern in dieser Stadt einfach nicht ersetzt wird, dass es auch erstens viele Menschen gibt, die täglich anders leben, anders gut leben und dass es wesentlich mehr Menschen sein könnten zum Wohle aller, die dazu eine Chance erhalten können und das war dabei gedacht, wenn wir von Reininghaus als einem autoarmen und modernen Verkehrsmobilitätsbezirk gedacht haben und nicht von einem, wo allen verboten wird, mit dem Auto zu fahren, das ist eine Verkürzung, die einfach diese Diskussion auf einem sehr, ich muss sagen, echt leider undifferenzierten Niveau weiterbringt und da kommen wir nie zum Ende. Aber es zeigt, was des Pudels Kern ist und es ist nicht umsonst so, dass die ÖVP und die Grünen genau über diesen Punkt letztendlich, wenn es um Reininghaus gegangen ist

oder Mobilitätspolitik, miteinander dann auch an einen Punkt gekommen sind, wo es nicht mehr miteinander gegangen ist. Es hat sich heute wieder gezeigt (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, jetzt darf ich ein paar Punkte nur festhalten. Dieser Gemeinderat hat beschlossen eine Dichte von 2,0 im Flächenwidmungsplan. Dieser Bebauungsplan weist eine Dichte von 2,0 aus. Das heißt, ich kann nur den Herrn Kollegen Eustacchio ersuchen, sich das noch einmal genauer anzuschauen. Das muss ich einfach richtigstellen, damit das ist. Zur Garagendebatte vielleicht nur noch einmal festgehalten: Auf dieser Fläche gibt es eine gedeckelte Stellplatzanzahl von 400, das ist eine geringe Anzahl und diese geringe Anzahl wird unter der Erde sein, Gott sei Dank, und dann können wir gerne einmal darüber debattieren, wie sie in einer Ellipse mit vier Gebäuden, das hat die Frau Bergmann richtigerweise angesprochen, wo sie die Garage situieren und wir sagen ja nur, wenn sie direkt unter dem Gebäude ist, dann sollten diese Menschen nicht über den Fahrradständer drüberfliegen, sondern sollten gleich runterfahren können. Wenn wir es nämlich separieren und woanders hinbauen, wird auf dieser Fläche einem Meter drüber nicht so viel wachsen, weil die sonst freibleiben würde, das ist eine der Grundgeschichten dort. Aber es macht wahrscheinlich eh nicht Sinn. Zum Verkehrskonzept, Mario, da möchte ich dir bitte noch etwas mit auf den Weg geben. Du sagst, es wird dort viel mehr möglich sein und das brauchst du, weil sonst funktioniert das Verkehrskonzept nicht.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio: Ist eine Befürchtung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist deine Befürchtung? Unsere Befürchtung ist eine andere. Unsere Befürchtung ist, dass diese Straßenbahnlinie aufgrund der Verzögerungen im Planungsbereich, und der Gemeinderat hat dich jetzt schon mehrfach aufgefordert, nicht da sein wird (*Applaus ÖVP und Grüne*), weil wenn dort eine Straßenbahn vorbeifährt, dann werden vielleicht auch die Investoren, je schneller die fährt, umso weniger werden die Investoren überhaupt Garagenplätze wollen, weil es Gott sei Dank auch viele Menschen gibt, die heute in Städten ohne das Auto auskommen wollen, weil es eh nur ein Kostenfaktor ist und ein Stehzeug ist. Und wenn du dich beschwert hast darüber, dass die Verträge so kurzzeitig kommen, möchte ich in diesem Gemeinderat schon auch anmerken, der Mobilitätsvertrag ist ein Vertrag, den wir beide eingebracht haben und du weißt genau, dass du auch über deine Fachbeamtschaft lange genug mitverhandelt hast über Wochen hinweg, und dass zum Schluss noch drei Punkte übrig geblieben sind und diese drei Punkte habe ich dann verhandelt, auch im Beisein deines Mitarbeiters, und ich habe dich auch gebeten, das dir noch einmal anzuschauen, aber dass du heute das so darstellst, dass man da quasi erst kurzfristig informiert wird, das ist unser gemeinsames Vertragswerk (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Also, meine Damen und Herren, heute geht es ein bisschen hin und her, ist ja lustig, aber vielleicht braucht man das vor dem Sommer noch. Die Linien sind in Planung, da ist nichts verzögert, nichts aufgeschoben, du weißt es ganz genau, dass die diversen Abteilungen Personal benötigen, das jetzt gerade erst ausgeschrieben wird, es ist im Plan, meine Damen und Herren. Außerdem bis die Straßenbahn fährt, werden viele, viele Jahre vergehen, vorweg ist geplant, dass über die Trasse der Bus fährt, das wird ein Leichteres sein, also das ist im Plan, also hier so zu tun, als ob das dann irgendwo im Widerspruch steht, ist absurd. Beim Vertragswerk, hast du natürlich Recht, haben meine Abteilungen auch mitgearbeitet, es geht

trotzdem darum, dass die Gemeinderäte von allen Fraktionen nicht genügend Zeit gehabt haben, sich dieses Vertragswerk anzusehen und nichts anderes habe ich gesagt und deswegen habe ich damals auch von meiner Seite aus das absetzen lassen, damit genügend Zeit da ist, dass dieses komplexe Vertragswerk angesehen wird und um nichts anderes ist es gegangen. Und meine Argumentation war damals, es wird ja wohl nicht darauf ankommen, dass wir das in den nächsten Gemeinderat, sprich heute, bringen, weil das sind ohnehin nur zirka drei Wochen bis dorthin, das war die Argumentation. Also ich weiß nicht, woran es jetzt scheitert. Herr Kollege Haberler, wir stimmen dem Vertrag zu, und weil du das vorher hinterfragt hast, warum wir das tun: dem Vertrag, dem Mobilitätsvertrag, zustimmen, dem anderen nicht. Weil es nicht möglich wäre, die Veränderung der Flächenwidmung zu tätigen und den Mobilitätsvertrag nicht abgestimmt zu haben, umgekehrt lässt es sich aber sehr wohl machen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Probieren wir das gleich einmal aus. Wir haben zwei Stücke, die wir abzustimmen haben. Zuerst die Vereinbarung über die Erschließungs- und Gestaltungsmaßnahmen, Stück Nummer 10), und dann das Stück Nummer 15), wobei wir hier einen Antrag haben vom Herrn Pacanda, dass wir das heute wieder nicht tun sollten.

Der Tagesordnungspunkt 10) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Antrag von GR. Pacanda, Absetzung des Stückes 15), wurde mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt 15) wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatter: GR. Eber

17) A 14-061828/2013

05.22.0 Bebauungsplan

„Eggenberger Gürtel – Niesenbergergasse
– Traungauergasse“

KG Gries

GR. **Eber**: Ein Bebauungsplan, der wahrscheinlich etwas weniger komplex und weniger umstritten ist als der soeben behandelte. Der Herr Bürgermeister hat schon angesprochen, es hat hier einen Bebauungsplan bereits gegeben, der wurde außer Kraft gesetzt, weil ein neuer Bebauungsplan im Zusammenhang mit dem ECE Einkaufszentrum erstellt wurde. Nachdem dieses Einkaufszentrum nicht kommt, was ich persönlich auch für sehr erfreulich halte, wird nun wiederum ein Bebauungsplan erstellt und soll erlassen werden, der sich sehr eng am ursprünglichen Bebauungsplan orientiert. Es geht da um das Gebiet Eggenberger Gürtel/ Traungauergasse/Niesenbergergasse. Auf einer Fläche von rund 3.400 m² soll dort eine Bebauung stattfinden, wurde ordnungsgemäß aufgelegt, es hat einige, ich glaube, zwei Einwendungen gegeben, die im Wesentlichen allerdings gut, würde ich sagen, bearbeitet werden konnten. Ich möchte in dem Zusammenhang nur sagen, es hat eben auch eine Änderung auch gegeben, statt je einen Autoabstellplatz für 80 bis 90 m² Bruttogeschoßfläche, wie es im ursprünglichen Entwurf geheißen hat, sind nunmehr 110 bis 120 m² für einen Autoabstellplatz notwendig. Interessant für mich in diesem Zusammenhang war, dass der Investor dort gesagt hat, also gerade wenn das in so einem zentralen Punkt ist und in dem Fall auch in Bahnhofsnähe ist, dann haben sie die

Befürchtung, dass die Hälfte der Parkplätze dort sonst leer steht. Das nur als kleine Anmerkung. Ich ersuche nunmehr beziehungsweise stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: erstens den 05.22.0 Bebauungsplan, also Eggenberger Gürtel/Niesenbergergasse/Traungauergasse sowie zweitens die Einwendungserledigungen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 05.22.0 Bebauungsplan „Eggenberger Gürtel – Niesenbergergasse – Traungauergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht nur, weil mir das gerade überreicht wurde, und die Frau Lisa Rücker Watzlawick zitiert hat. Zunächst muss das Problem definiert werden, hierbei muss zwischen echten und Pseudoproblemen natürlich unterschieden werden.

GR. **Dreieibner**: Ich habe mich nur gemeldet, weil Sie, Herr Bürgermeister, so suchend durch den Raum geschaut haben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das wirkte anders.

GR. **Dreiebnner**: Aber es gibt einen ernsthaften Grund, wir stimmen sowohl Mobilitätsvertrag als auch dem Bebauungsplan, der Änderung, zu. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, dass diese Geschichte mit der Errichtung eines Einkaufszentrums, warum auch immer und mit wessen Zutun auch immer, dann doch nicht zur Umsetzung gekommen ist. Vielleicht war es eine Mischung aus BürgerInnenrebellion und Finanz- und Wirtschaftskrise, dass die jetzt auch in der Bebauungsplanung eine dementsprechende Änderung erfährt...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Katholnig: Du kommst anscheinend im Ausschuss nicht genug zu Wort.

GR. **Dreiebnner**: Scheinbar du auch nicht, aber ich bin in deinen Ausschüssen nicht. Irgendwer wird es dir schon sagen, ob ich im Ausschuss genug zu Wort komme oder nicht. Auf jeden Fall ist für uns jetzt durch das Festmachen dieses Bebauungsplanes diese Geschichte eines Einkaufszentrums an dem Ort, das wir bekanntermaßen für nicht positiv für die Entwicklung der Stadt Graz betrachtet haben, wohl endgültig erledigt und das wollte ich hier nur noch zum Besten geben beziehungsweise auch dem Herrn Bürgermeister eine Freude machen (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler

18) A 14-K-542/1996 - 46

03.03.2 Bebauungsplan – 2. Änderung
Wassergasse
III. Bez., KG Geidorf
Grundstück Nr. 58/2

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Gäste, hoher Gemeinderat! Es geht um den Bebauungsplan Wassergasse in 3.3.2 in Geidorf. Anzumerken ist, dass die Straßenbreite mit sechs Meter in der Wassergasse reguliert ist. Wassergasse ist öffentliches Gut, warum sechs Meter? Es müssen im Boden Leitungen verlegt werden, und links und rechts ist ungefähr je ein halber Meter für das Bankett, das heißt, man kommt auf zirka 50 cm und geplant ist, dass es keinen Durchzugsverkehr für Kfz gibt. Dazu hat die Stadtplanung mit dem Straßenamt ist im Gespräch. Im Süden soll die Bebauung maximal dreigeschossig erfolgen. Ich bitte um Zustimmung des Bebauungsplanes.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 03.03.2 Bebauungsplan „Wassergasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dreisiebner

19) A 14-001300/2014

04.17.0 Bebauungsplan „Wiener Straße –
Grüne Gasse“
IV. Bez., KG Lend

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bebauungsplan 04.17.0 Wiener Straße – Grüne Gasse ist im Zuge eines Anhörungsverfahrens aufgelegt worden. Der Ausschuss ist darüber im März dieses Jahres informiert worden. Es sind zu diesem Bebauungsplan elf Einwendungen eingelangt und behandelt worden. Es hat zu keinen Änderungen des Bebauungsplanes jetzt in der Beschlussfassung gegeben, in der Auflagenfassung geführt, das heißt, sie konnten insofern erledigt werden, dass sie zu keinen Änderungen geführt haben. Der Bebauungsplan besteht aus dem Verordnungswortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung sowie dem Erläuterungsbericht. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung hat diesen Bebauungsplan sehr eindringlich beraten. Ich merke hier an, ich habe mich hierzu auch zu Wort gemeldet und stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen den 04.17.0 Bebauungsplan Wiener Straße – Grüne Gasse, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 04.17.0 Bebauungsplan „Wiener Straße – Grüne Gasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen.

GR. **Pacanda**: Ich wollte eigentlich nur an was erinnern und zwar einen Beschluss von uns von der letzten Gemeinderatssitzung, einen dringlichen, und zwar die industriellen Baudenkmäler, und zwar möchte ich einfach darauf hinweisen, dass zwar eh ein Gebäude im Denkmalschutz steht und zwar, das ist die Grüne Gasse 5; im Anschluss an die Grüne Gasse 5 ist ein altes Hufschmiedegebäude, 5-9 ist das, glaube ich, steht zur Zeit nicht unter Denkmalschutz. Kann man diskutieren, ob das altes Industrieerbe ist, ich wollte es einfach nur erwähnen, dass wir da sozusagen nicht auf unsere Beschlüsse vergessen auch und vielleicht dann dementsprechend, wenn es dann heiß her geht, sage ich einmal, wenn dann gebaut wird, dass man vielleicht noch mit dem Bauwerber dann spricht und versucht, da irgendwie eine Lösung zu finden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

20) A 23-028212/2013-0015

Förderung von Hausanlagen für die
Heizungsumstellungen auf Fernwärme zur
Verringerung der Feinstaubbelastung –
Zuschuss des Landes in der Höhe von
Euro 750.000,00
Verwaltungsübereinkommen

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da geht es um die Förderung von Hausanlagen für die Heizungsumstellung auf Fernwärme. Im Rahmen der Maßnahmen des Landes Steiermark zur Feinstaubbekämpfung werden seit 2011 auf Basis eines Verwaltungsübereinkommens der Stadt Graz wieder Fördermittel zur Heizungsumstellung auf Fernwärme als Kofinanzierung zur Verfügung

gestellt. Diese Förderung wurde unter bestimmten Umständen, da gibt es eine eigene Richtlinie dafür, die da festgelegt wurde und wurde gewährt. Und zum Beispiel im Zeitraum 2011/2012 wurde eine Million Euro zur Verfügung gestellt für 330 Wohneinheiten, dann am 1.3.2012 wurden für den Zeitraum 2012/13 1,6 Millionen wiederum zur Verfügung gestellt, etwa 3.500 Wohneinheiten hat es da gegeben, die gefördert wurden. Mit Beschluss vom 27.6.2013 für den Zeitraum 2013/14 wurden 800.000 Euro für 1.030 Wohneinheiten zur Verfügung gestellt und mit dem heutigen Beschluss hat uns die Landesregierung mit 15.5. weitere 750.000 Euro zur Verfügung gestellt. Voraussetzung für die Überweisung der Mittel des Landes Steiermark an die Stadt Graz ist der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung und diese Vereinbarung liegt also dem Stück bei und die Vereinbarung soll in einer detaillierten Form der Förderungsabwicklung sowie die Höhe und der Zeitpunkt der Mittelüberweisung beinhalten. Die Laufzeit erstreckt sich bis 31.7.2015. Der Gemeinderat wolle daher beschließen: Erstens die beiliegende Vereinbarung mit dem Land Steiermark über die Förderung von Heizungsumstellungen zur Verringerung der Feinstaubbelastungen und zweitens die Ermächtigung des Umweltamtes zur Abwicklung der Förderung im Rahmen dieser Vereinbarung. Ich bitte um Annahme. Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die beiliegende Vereinbarung mit dem Land Steiermark über die Förderung von Heizungsumstellungen zur Verringerung der Feinstaubbelastung,
2. die Ermächtigung des Umweltamtes zur Abwicklung der Förderung im Rahmen dieser Vereinbarung.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

22) StRH-62996/2013

Follow-up-Prüfung zum Prüfbericht
„Unesco City of Design“

GR. **Pogner**: Da geht es um die Follow-up-Prüfung zum Prüfbericht von Unesco City of Design. Im März 202 legte der Stadtrechnungshof den Prüfbericht City of Design mit den Schwerpunkten Kosten, Mittelverwendung, Nutzung des Titels für Grazerinnen und Grazer, für den Tourismus und die Wirtschaftstreibenden vor. Im Zuge dieser Prüfung wurden Empfehlungen abgegeben und das Ergebnis dieser Prüfung wurde im Ausschuss ausführlich diskutiert und einstimmig angenommen. Ich bedanke mich von dieser Stelle aus beim Stadtrechnungshof für die durchgeführte Prüfung, und im Ausschuss, wie gesagt, wurde der Prüfbericht einstimmig angenommen und zur Kenntnis genommen und daher der Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe

23) StRH – 063002/2013

Follow-up-Prüfung zum Prüfbericht
„Gebarungskontrolle der Freiwilligen
Feuerwehr der Landeshauptstadt Graz“

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Wie erwähnt geht es um den Follow-up-Prüfbericht, also die Follow-up-Prüfung zum Prüfbericht der Gebarungskontrolle der Freiwilligen Feuerwehr, alle in diesem Raum wissen, dass das sehr intensiv diskutiert wurde. In etlichen Sitzungen, im Kontrollausschuss, aber auch hier. Dieser Follow-up-Bericht jetzt hat eben untersucht, welche der Punkte, die der Stadtrechnungshof empfohlen hat, umgesetzt wurden und kommt zu dem durchaus erfreulichen, aber nicht hundertprozentig erfreulichen Ergebnis, nämlich das von den zwölf Maßnahmen acht Maßnahmen als umgesetzt anzuerkennen sind. Darunter fielen auch alle sechs Maßnahmen, die das Berichts- und Rechnungswesen betreffen, also die Voranschlagstellung, Buch- und Inventarführung usw. und deren Umsetzung für den Stadtrechnungshof besonders wichtig war. Also diese Teile kann man klar begrüßen und es ist erfreulich, dass die heftigen Diskussionen, die wir bisher hatten, hier eine Änderung der Gebarung machen. Es sind allerdings vier Punkte genannt, die noch nicht umgesetzt sind und da hoffen wir, denke ich, alle drauf, dass das bald geschehen wird. Das eine ist eine Maßnahmen im Bereich Darstellung der gesamten Raumkosten mit der Freiwilligen Feuerwehr Kroisbach und Containeranlage Feuerwache Süd, dann eine Maßnahme, die die Abteilung Katastrophenschutz und Feuerwehr betrifft, nämlich die Klärung des Flächenbedarfs der Freiwilligen Feuerwehr eben in dieser Containeranlage Süd und die Anpassung der zu verrechnenden Raumkosten und zwei auf die Freiwillige Feuerwehr Graz selbst, nämlich, das was wir auch intensiv diskutiert haben, die Prüfung der Verschuldensfrage in Bezug auf Überziehungszinsen, Überziehungsspesen, Verzugszinsen usw. und gegebenenfalls Rückforderung des Schadens von verantwortlichen Personen und die Nachforschungen zum Verbleib von fehlenden Geräten und gegebenenfalls Vornahme der notwendigen rechtlichen Schritte, sind zum Zeitpunkt der Prüfung als noch nicht umgesetzt zu beurteilen gewesen, aber es wurde uns zugesichert, dass auch das auf einem besseren Weg ist als in der

Vergangenheit. Wurde im Kontrollausschuss, wie erwähnt, diskutiert und es gibt die Stellungnahme des Kontrollausschusses. Ich bitte um Annahme des Prüfberichtes beziehungsweise die Stellungnahme des Kontrollausschusses.

Die Berichterstatterin stellt namens des Kontrollausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses gemäß § 67a Abs. 5 Statut der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Schönbacher

24) GGZ – 066142/2013
Präs. – 8983/2003-9

Organisationsstatut GGZ
Änderung

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Gäste! Vorerst möchte ich sagen, dass dieses Stück im Verwaltungsausschuss der Geriatrischen Gesundheitszentren einstimmig angenommen worden ist. Und zwar die Versorgung der Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz wurden in den letzten Jahren an die Erfordernisse der epidemiologischen Entwicklung sowie zur Gewährleistung einer integrierten Versorgung angepasst und dadurch das Geschäftsfeld erweitert. Die Definition des Aufgabenbereiches nach § 2 des Organisationsstatutes soll folgedessen ebenfalls angepasst sowie um die Angebote der Tageszentren, Tagesstätten, Ambulanzen, SeniorInnenwohnungen mit geringem Betreuungsbedarf sowie des Institutes für Geriatrie und Gerontologie erweitert werden. Im Zuge dessen sind einige Paragraphen geändert und zusammengefügt worden, wie zum Beispiel § 15 Abs. 3 bis Abs. 5 sowie der neue § 16

Rechtsangelegenheiten und Kontrolle. Zum besseren Verständnis soll der ehemalige § 17 Berichtswesen, Controlling, in den § 15 Kosten- und Leistungsrechnung/Controlling integriert werden. Aufgrund der Notwendigkeit, die Geschlechtergleichstellung sowie die Genderkompetenz in vielfachen Aspekten aktiv zu leben und dies durch das Organisationsstatut auch deutlich zu zeigen, wurden im gesamten Organisationsstatut einheitlich geschlechtsneutrale Bezeichnungen verwendet. Gemäß § 86 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz des Organisationsstatutes der GGZ fällt die Abänderung des Organisationsstatutes in die Zuständigkeit des Gemeinderates. Der Verwaltungsausschuss für die GGZ und der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte stellen daher gemäß der §§ 65 Abs. 2 und 66 Abs. 1 Statut den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 86 Abs. 1 Statut und § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes der GGZ den Änderungen und Ergänzungen des Organisationsstatutes der GGZ zustimmen und das angeschlossene, einen integrierten Bestandteil dieses Gemeinderatsantrages bildende Organisationsstatut beschließen.

Die Berichterstatterin stellt namens des Verwaltungsausschusses der GGZ und des Ausschusses für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 86 Abs. 1 Statut und § 5 Abs. 2 des Organisationsstatutes der GGZ den Änderungen und Ergänzungen des Organisationsstatutes der GGZ zustimmen und das angeschlossene, einen integrierenden Bestandteil dieses Gemeinderatsbeschlusses bildende Organisationsstatut beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Ing. Lohr

NT 27) A 2 – 025687/2014-0005

Grazer Marktordnung 2013
Ausweitung des Marktgebietes auf dem
Parkplatz des Center West

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht weiter mit den Paragraphen. Nach § 45 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz hat sich der Gemeinderat die Kompetenz zur Festlegung der Marktplätze und des Umfanges der Marktgebiete vorbehalten. In § 3 c) der Grazer Marktordnung sind die Standorte der Flohmärkte festgelegt. Der Organisator des Flohmarktes auf dem Parkplatz des Center West hat die Ausweitung des bestehenden Marktgebietes auf die Freifläche in der in Anlage XI. 1 näher beschriebenen Weise beantragt und liegt die entsprechende Zustimmung des Grundeigentümers vor. Die unterschiedlichen Kammern sind befragt worden. Seitens der Wirtschaftskammer in Zweifel gezogener Bedarf einer Erweiterung ist aber dennoch nicht gegeben, da die existierenden Märkte von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden und eine große Nachfrage besteht. Der Stadtsenat der Landeshauptstadt Graz stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge das im § 3 c) der Grazer Marktordnung 2013 und der dazugehörigen Anlage XI. 1 näher beschriebenen Marktgebiet festlegen. ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat möge das im § 3 lit c) der Grazer Marktordnung 2013 und der dazugehörigen Anlage XI. 1 näher beschriebene Marktgebiet festlegen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 35) A 8-66149/2013-21

Vermessungsamt,
Klima- und Energiefonds –
Projekt: GIP.GV.ROLLOUT,
1. Projektgenehmigung über € 65.000,- in
der AOG 2014/2015
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge über
€ 20.000,- in der AOG 2014

GR. Mag. **Frölich**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Stück geht es um eine Projektgenehmigung über 65.000 Euro und die haushaltsplanmäßige Vorsorge über 20.000 Euro in der AOG 2014. Es ist ein Projekt, das sich GIP.GV.ROLLOUT nennt, ein Projekt des Vermessungsamtes. GIP steht für GraphenIntegrationsPlattform, das ist ein Projekt, das vom Verkehrsverbund Ostregion eingereicht wurde und auch gefördert wird, es ist ein Werkzeug für die Verwaltung, um eben diese Plattform aktuell zu halten. Ich beschäftige mich im Besonderen mit dem finanziellen Aspekt, weil das andere ist sehr technisch determiniert. Es ist so, dass dieses Projekt zu 50 % gefördert wird, die voraussichtlichen Kosten betragen, wie gesagt, 65.000 Euro und sind auf 2014 und 2015 aufgeteilt, auf die beiden Abteilungen Vermessungsamt mit einem Anteil von 22.500 bzw. das Vermessungsamt und das Straßenamt, das Vermessungsamt kann einen Anteil von 22.500 aus nicht verbrauchten AOG-Mitteln bedecken aus 2013, das Straßenamt finanziert seinen Anteil durch eine Kreditansatzverschiebung von 10.000 Euro aus einer Finanzposition „Entgelte für sonstige Leistungen“. Ich stelle für den Finanz-, Beteiligungs- und Liegenschaftsausschuss den Antrag, in der AOG wird die Projektgenehmigung GIP.GV-Rollout über 65.000 Euro, davon, wie erwähnt, 20.000 für 2014 und 45.000 für 2015 beschlossen und in der AOG 2014 werden die neuen Finanzpositionen „Entgelte für sonstige Leistungen, GIP.GV.Rollout“ 20.000 Euro

geschaffen und zur Bedeckung die Finanzpositionen „Entgelte für sonstige Leistungen, Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um je 10.000 gekürzt und die Finanzposition „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um 20.000 erhöht. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 iVm § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. In der AOG 2014/2015 wird die Projektgenehmigung „GIP.GV.ROLLOUT“ über € 65.000,- (davon € 20.000,- für 2014 und €45.000,- für 2015) beschlossen.

2. In der AOG 2014 werden die neuen Fiposse

5.03200.728400	„Entgelte für sonstige Leistungen, GIP.GV-ROLLOUT“ (Anordnungsbefugnis: A 10/6) (Deckungsklasse: 10604) mit	€ 20.000,-
----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------

geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse

5.64000.728700	„Entgelte für sonstige Leistungen“
6.64000.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um je € 10.000,- gekürzt bzw. die Fipos

6.03200.346000	„Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“ um	€ 20.000,-
----------------	------------------------------------------------	------------

erhöht.

GR. **Pacanda:** Ganz kurz, mich habe es eh heute schon im Ausschuss kurz vorangekündigt auch, ich würde da gerne einen Zusatzantrag stellen und zwar mit dem

Wortlaut: Die zuständigen Stellen mögen prüfen und darüber Bericht erstatten, ob und wie die Daten aus der GIP Datenbank für OGD, das erkläre ich jetzt kurz, weil das hat sich heute schon erwiesen, dass das von Vorteil ist, wenn man OGD kurz erklärt. OGD heißt open government data, ist ein Synonym für offene Verwaltungsdaten, die im Sinne der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden. Das heißt effektiv eigentlich diese Daten, diese Informationen, die von den Bürgerinnen und Bürgern generiert werden einerseits beziehungsweise auch bezahlt werden. Andererseits und finanziert werden sozusagen wieder rückgeführt werden und für sie frei verfügbar sind und der Gedanke wäre eben auch, diese Daten zur Verfügung zu stellen. Das wäre mein Zusatzantrag, den ich hiermit jetzt eingebracht habe und schriftlich gleich noch zur Verfügung stelle. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nach kurzer Rücksprache mit unserem engagierten Abteilungsvorstand, darf ich nur anmerken, dass diesem Zusatzantrag eigentlich zugestimmt werden könnte.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von GR. Pacanda wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dreiseibner

NT 38) A 14-016238/2013/0011

16.18.0 Bebauungsplan „Straßganger
Straße – Olga-Rudel-Zeynek-Gasse“
XVI. Bez., KG 63125 Webling
Beschluss

GR. **Dreisiebner:** Es geht wiederum, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, es geht wiederum um einen Bebauungsplan, diesmal im Bezirk Straßgang, Bebauungsplan 16.18.0 Olga-Rudel-Zeynek-Gasse. Dieser Bebauungsplan mit Widmung Aufschließungsgebiet allgemeines Wohngebiet WA, Bebauungsdichte 0,2 bis 0,8 ist gemäß Deckplan 1 vom 3.0 Flächenwidmungsplan mit der Verpflichtung zur Erstellung eines Bebauungsplanes ausgestattet worden. Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung wurde in der Februarsitzung über Inhalt und Auflageverfahren des Bebauungsplanentwurfes informiert. Die Auflage über neun Wochen erfolgte vom 13. März bis 15.5. des Jahres. Im Zuge der Auflage beziehungsweise nach einer Informationsveranstaltung, die auch durchgeführt worden ist, sind vier Einwendungen im Stadtplanungsamt eingelangt, die erledigt werden konnten und zu einer Veränderung hinsichtlich der Auflage jetzt im Beschlussbereich geführt hat und zwar im § 7 betreffend Freiflächen und Grüngestaltungen wurde ein Absatz ergänzt, dass nämlich entlang der Straßganger Straße mindestens neun großkronige Laubbäume zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten sind. Bei Erhalt von Bestandsbäumen entlang der Straßganger Straße kann die Anzahl von Neupflanzungen reduziert werden. Soweit ist der Bebauungsplan also rechtmäßig durchgeführt worden, der Ausschuss hat das diskutiert und ich stelle den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes für Katastralgemeinde Webling, Grundstücksnummer .1969, erstens, sowie zweitens den 16.18.0 Bebauungsplan Straßganger Straße – Olga-Rudel-Zeynek-Gasse, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie drittens die Einwendungserledigungen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Teil-Aufhebung des Aufschließungsgebietes (KG 63125 Webling, Gst.Nr. .1969)
2. den 16.18.0 Bebauungsplan „Straßganger Straße – Olga-Rudel-Zeynek-Gasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.35 Uhr den Vorsitz.